



POLITIK / KOMMENTAR

"Die Erdzerstörer" - Gründe und Abgründe ...

(SB) - Der Dokumentarfilm "Die Erdzerstörer", der am 9. Juni um 23.20 Uhr auf Arte gezeigt wird, richtet die Aufmerksamkeit so wirksam auf den Zusammenhang von Technologieentwicklung, Militarismus und Naturzerstörung, daß sich dem Publikum unwillkürlich die Frage ... (S. 5)

UMWELT / REDAKTION

Permafrost - und die Folgen für das ganze Klima ...

(SB) - Der Arktis stehen gewaltige landschaftliche und infrastrukturelle Umbrüche bevor und damit auch der gesamten Erde. Seit Ende der letzten Eiszeit vor rund 11.500 Jahren taut der Permafrostboden auf ... (S. 14)

GEISTESWISSENSCHAFTEN

Warum 1945 in Italien die Revolution ausfiel, obwohl eine klassische revolutionäre Situation bestand

(Gerhard Feldbauer) - Nach der Niederlage des Faschismus Ende April 1945 standen die Linken - Kommunisten, Sozialisten und Aktionisten [1] - vor der Entscheidung über die gesellschaftliche Perspektive. Dazu ... (S. 16)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

"Silent Demo" gegen Rassismus Berlin

von Maga Navarrete und Reiner Hemulth, 7. Juni 2020



Bild: © Maga Navarrete

Tausende Menschen in Berlin protestierten gegen den brutalen Tod von George Floyd durch die Hand eines amerikanischen Polizisten. Weltweit versammelten sich am 6. Mai 2020 Hunderttausende zu stillen Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt anlässlich des gewaltsamen Todes von George Floyd in den USA.

Auch in Deutschland breitete sich die Welle von Protesten im gan-

zen Land und in den großen Städten aus. Überall wurden die beantragten Teilnehmerzahlen im Bereich einiger hundert um das hundertfache übertroffen. In Berlin versammelten sich ca 20.000 Teilnehmer, die schweigend für 8 Minuten 46 Sekunden dem ermordeten farbigen Amerikaner gedachten.

Aber es war nicht nur er, sondern die vielen unbekanntten Opfer des tagtäglich weltweit stattfindenden Rassismus und der weit verbreite-



Bild: © Maga Navarrete

ten Polizeigewalt, gegen die protestiert wurde. Diese Unterdrückungsmechanismen zeigen sich nicht nur in Nordamerika für die farbige Bevölkerung und Lateinamerikaner, sondern auch in Südamerika gegenüber den Indigenen, den Ureinwohnern Australiens sowie ethnischen und religiösen Minderheiten in Asien.

Allerdings besteht nun die Hoffnung, dass die hauptsächlich jungen Teilnehmer der Demonstrationen dieses Problem in seiner globalen Bedeutung erkannt haben und für eine bessere Zukunft aller Ethnien und Religionen in Harmonie mit der Natur auf diesem Planeten eintreten. Diese Demonstrationen sind Teil einer Bewegung die im Moment sehr stark wächst und hoffentlich in der Zukunft eine bessere Welt erschafft.

Sicherlich wären die Teilnehmerzahlen ohne die oft eingehaltenen Schutzmaßnahmen gegen SARS-CoV-2 noch wesentlich größer gewesen. Hintergrund ist der Tod

des Afroamerikaners George Floyd am 25. Mai bei einem brutalen Polizeieinsatz in der US-Großstadt Minneapolis im Bundesstaat Minnesota. Daraufhin kam es zu Protesten und teilweise auch Ausschreitungen in mehreren Städten der USA

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfam1071.html>



BÜRGER / MEINUNGEN

*Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin*

Der militärische Einsatz der Schweiz im Kosovo muss beendet werden

Medienmitteilung der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee, GSoA, 4. Juni 2020

Der Nationalrat hat heute beschlossen, das militärische Engagement von Swisscoy im Kosovo zu verlängern und die maximale Truppenstärke ab April 2021 auf 195 Soldaten zu erhöhen.

Seit 1999 beteiligt sich die Schweiz an den sogenannten friedenserhaltenden Operationen im Kosovo mit einem Kontingent freiwilliger Soldaten. Die Operation Swisscoy ist heute Teil der KFOR. Die KFOR ist eine multinationale Streitkraft, die von der NATO eingesetzt wird. So wird die zur vermeintlichen Stabilisierung der Region beschlossene Strategie seit mehr als 20 Jahren durch diese internationale Militäroperation umgesetzt. Diese Strategie scheint auch nach so langer Zeit offensichtlich keine wirklichen Erfolge zu zeigen, denn der Bundesrat hält daran fest, dass "die politische und sicherheitspolitische Lage im Kosovo so beschaffen ist, dass die Präsenz der KFOR weiterhin erforderlich ist, um Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten."

Dieses Sicherheitsargument ist seit 20 Jahren der einzige Refrain, mit dem das militärische Engagement der Schweiz gerechtfertigt wird. Diese Argumentation ist je-

doch gerade hinsichtlich der bundesrätlichen Einschätzung der Lage zunehmend selbstverstärkend, denn der Einsatz von Truppen im Ausland stellt eine paternalistische Bevormundung dar: Streitkräfte, die an die Stelle lokaler Akteure treten, verhindern die Entwicklung der Behörden des Landes und deren Anerkennung durch die lokale Bevölkerung. Dies offenbart die widersprüchliche Haltung der Schweiz, die als eines der ersten Länder die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt hat. Indem sie sich militärisch verpflichtet, die Staatsmacht zu sichern, verweigert sie den Behörden des Landes gleichzeitig die Etablierung einer legitimen autonom gestalteten Staatsgewalt. Noch fragwürdiger wird dieses Engagement, wenn es von der

Schweizer Armee zur Rechtfertigung ihrer Existenz benutzt und der Kosovo scheinbar zum Testfeld wird. Tatsächlich habe die Schweizer Armee, wie die Bundesbehörden betonen, "seit 1999 nützliche Lehren aus dem Engagement von Swisscoy gezogen, insbesondere im Hinblick auf die Verifikation und die Verbesserung ihrer Verfahren".

Der Abzug der Schweizer Armee würde keine Infragestellung der schweizerischen Investitionen in den Frieden im Kosovo bedeuten, wie Aline Bressoud, Sekretärin der GSoA, betont: "Es ist zwingend notwendig, das Geld für die militärische Präsenz in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zu überführen. Investitionen in Bildung und soziale Sicherheit

sind der einzige Weg, um die Stabilität der lokalen Behörden zu unterstützen."

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0476.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Völlig inakzeptabel: Wiederaufnahme von Atomtests

von Abolition 2000, 5. Juni 2020

Die Jahreshauptversammlung des Globalen Netzwerkes zur Abschaffung von Atomwaffen (Abolition 2000 Global Network to Eliminate Nuclear Weapons) hat am 23. Mai einstimmig eine Erklärung [unten der vollständige Text] abgegeben.

Diese verurteilt die aktuellen Meldungen über Diskussionen im Weißen Haus zur Wiederaufnahme von Atomtests. Als Folge der COVID-19-Pandemie musste "Abolition 2000" zum ersten Mal

seine Jahreshauptversammlung online abhalten. Damit konnten sich Teilnehmer aus etwa 40 Ländern treffen.

In der Erklärung wird davor gewarnt, dass eine Wiederaufnahme der US-Atomtests unweigerlich zur Wiederaufnahme von Tests durch andere Nationen führen würde. Solche Tests würden in jedem Fall gegen den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen verstoßen, der 1996 von den Vereinigten Staaten

unterzeichnet wurde und dessen Inkrafttreten noch aussteht.

John Burroughs, Executive Director des Lawyers Committee on Nuclear Policy und einer der Verfasser der Erklärung, sagte: "Atomtests beschwören eine nukleare Apokalypse herauf, wie zu Zeiten des amerikanisch-sowjetischen Nahkampfes. Sie dürfen nicht wieder aufgenommen werden. Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass die Kapazitäten für eine bevorstehende Apokalypse

nach wie vor bestehen und auch ohne Kernwaffentests aufrechterhalten und verbessert werden. Auch dem muss ein Ende gesetzt werden.

Daniel Ellsberg, ehemaliger US-amerikanischer Atomkriegsplaner und berühmter "Whistleblower" der Pentagon-Papiere, sagte: "Erneute, von den USA initiierte Atomtests würden Indien, Pakistan und Nordkorea in die Lage versetzen, thermonukleare Sprengköpfe der 'H-Bombe' zu testen und zu entwickeln, deren Einsatz aufgrund des bestehenden Testmoratoriums nicht möglich war. Dann könnten sie sich den USA und Russland anschließen und der Welt mit der Fähigkeit drohen, einen nuklearen Winter, eine globale Hungersnot und das Beinahe-Aussterben der Menschheit zu verursachen. Offensichtlich sollte keine Nation der Erde solch eine Macht besitzen. Anstatt ihre Ausbreitung einzufordern, sollten die USA und Russland ihre eigenen Vernichtungsmaschinen weder instand halten noch 'modernisieren', sondern sie sollten diese abbauen".

Jackie Cabasso, Exekutivdirektor der Western States Legal Foundation und eine der Gründungsmütter von "Abolition 2000", sagte: "Vor 25 Jahren haben wir das Globale Netzwerk "Abolition 2000" zur Abschaffung von Atomwaffen mit einer 11-Punkte-Erklärung ins Leben gerufen, welche die Abschaffung aller Formen von Atomtests fordert. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert wird das Moratorium für umfassende Atomtests mit Sprengstoffen weitgehend eingehalten. Eine Wiederaufnahme solcher Tests durch die USA zu

diesem Zeitpunkt würde die Grundlagen einer zunehmend fragilen Weltordnung erschüttern und die Bemühungen um die Abschaffung von Atomwaffen um Jahrzehnte zurückwerfen. Das darf nicht passieren".

Über "Abolition 2000"

Das Netzwerk "Abolition 2000" wurde im April 1995 während der ersten Wochen der Konferenz zur Überprüfung und Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags gegründet, als Aktivisten aus der ganzen Welt erkannten, dass die Frage der Abschaffung von Atomwaffen nicht auf der Tagesordnung stand. Als internationales Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen, die sich für einen globalen Vertrag zum Verbot und zur Abschaffung von Atomwaffen einsetzen, steht das Netzwerk "Abolition 2000" allen Organisationen offen, welche die Grundsatzerklärung "Abolition 2000" [1] unterstützen.

Über den Kernwaffenteststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT)

Der 1996 zur Unterzeichnung aufgelegte Kernwaffenteststopp-Vertrag verpflichtet die Staaten:

- Keine Kernwaffentests oder andere Kernexplosionen durchzuführen und jede derartige Kernexplosion an jedem Ort unter ihrer Gerichtsbarkeit oder Kontrolle zu verbieten und zu verhindern.
- Keine Kernwaffentests oder andere Kernexplosionen zu veranlassen, zu ermutigen oder in ir-

gendeiner Weise an der Durchführung solcher Explosionen mitzuwirken.

*

23. Mai 2020

Völlig inakzeptabel: Wiederaufnahme der Kernsprengtests

Erklärung der Jahrestagung des Globalen Netzwerkes zur Abschaffung von Atomwaffen (Abolition 2000)

Die Wiederaufnahme von Atomtests ist absolut inakzeptabel. Selbst eine erneute Diskussion über Atomtests ist gefährlich destabilisierend. Berichten [2] zufolge gab es jedoch kürzlich im Weißen Haus Diskussionen darüber.

Eine Wiederaufnahme von Atomtests durch die USA würde zu Tests durch weitere Staaten führen - möglicherweise durch China, Russland, Indien, Pakistan und Nordkorea. Sie würde das sich abzeichnende nukleare Wettrennen beschleunigen und die Aussichten für Verhandlungen über nukleare Rüstungskontrolle beeinträchtigen.

Ein Atomtest an sich ist bereits eine Bedrohung. Tests erzeugen Angst und Misstrauen und festigen die Abhängigkeit von Atomwaffen. Er würde die Welt eher von einer atomwaffenfreien Welt weg- als zu einer atomwaffenfreien Welt bewegen.

Atomwaffentests dürfen nicht durchgeführt werden und es darf keine Signale für ihre Möglichkeit geben. Stattdessen sollte der Vertrag über das umfassende

Verbot von Nuklearversuchen in Kraft gesetzt werden.

Dieses Vorkommnis steht im Zusammenhang mit der laufenden Aufrüstung durch die nuklear bewaffneten Staaten der Welt. Sie wird durch umfangreiche Laborforschung und -experimente unterstützt, die zum Teil als Ersatz für Funktionen dienen, die einst durch Atomtests abgedeckt wurden. Auch wenn wir fordern, dass solche Tests nicht wieder aufgenommen werden, müssen wir die Gefahren erkennen, die mit dem laufenden atomaren Waffengeschäft verbunden sind. Diese Gefahren sind heute für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar und werden von den Medien kaum noch beachtet, aber sie sind real. Auch sie müssen angegangen werden, wozu letzten Endes eine weltweite Abschaffung von Atomwaffen erforderlich ist.

Im Auftrag der Generalversammlung verfasst von:

John Burroughs, Geschäftsführender Direktor, Rechtsanwaltsausschuss für Nuklearpolitik

Daniel Ellsberg, Autor von Die Weltvernichtungsmaschine: Bekenntnisse eines Atomkriegsplaners

Andrew Lichterman, leitender Forschungsanalyst, Western States Legal Foundation

Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Anita Köbler vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Anmerkungen:

[1] <http://www.abolition2000.org/en/about/founding-statement/>

[2] https://www.washingtonpost.com/national-security/trump-administration-discussed-conducting-first-us-nuclear-test-in-decades/2020/05/22/a805c904-9c5b-11ea-b60c-3be060a4f8e1_story.html

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0477.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KULTUR

"Die Erdzerstörer" - Gründe und Abgründe ...

(SB) 8. Juni 2020 - Der Dokumentarfilm "Die Erdzerstörer", der am 9. Juni um 23.20 Uhr auf Arte gezeigt wird, richtet die Aufmerksamkeit so wirksam auf den Zusammenhang von Technologieentwicklung, Militarismus und Naturzerstörung, daß sich dem Publikum unwillkürlich die Frage aufdrängt, wieso diese Verbindung im Kampf zahlreicher Bewegungen für Klima- und Umweltschutz eine so geringe Rolle spielt. Wieso finden die sozialökologischen Folgen militärischer Auf-

rüstung und kriegerischer Staatenkonkurrenz in den internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz fast keine Beachtung? [1] Wieso wird die Eigendynamik der kapitalistischen Innovationslogik nicht auch am Beispiel als grün beworbener Technologien kritisiert, wenn der fossile Input in ihre Produktion und ihren Betrieb Zweifel an der beanspruchten Nachhaltigkeit weckt?

Wie "Die Erdzerstörer" anhand der historischen Entwicklung industri-

eller Massenproduktion, militärischer Forschung und kapitalistischen Massenkonsums nachweist, liegen dem Problem der Naturzerstörung stets gesellschaftliche Produktionsweisen zugrunde, für deren Dominanz der politische Wille zur Förderung privatwirtschaftlicher Kapitalakkumulation und nationaler Wirtschaftsleistung maßgeblich ist. Über Alternativen weniger zerstörerischer Art wurde nicht nachgedacht, wenn das Versprechen auf nationalökonomi-

schon Zugewinn mit der Sicherung der Herrschaft der EigentümerInnenklasse konform ging. Was im Bestreben, sich im Krieg siegreich zu behaupten, an neuen Technologien in die Welt gesetzt wurde, befeuerte die industrielle Entwicklung auf zivilem Gebiet maßgeblich. Die kriegsökonomisch bedingte Förderung industrieller Arbeit brachte darüberhinaus Formen gesellschaftlicher Rationalisierung hervor, die die Ausbeutung von Lohnarbeit intensivierten und die Lohnabhängigen noch enger in den Griff jenes Mangels nahmen, der ihre Existenz permanent bedrohte und sie dazu zwang, sich zu immer schlechteren Bedingungen zu verdingen.

Was heute an weit ausgreifender Mobilität dazu geführt hat, daß der Planet in zeitlicher Dimension auf die Erreichbarkeit fast jedes Ortes innerhalb eines Tages geschrumpft ist, hat an der Immobilität eines Großteils der Menschen nichts geändert. Dafür haben sich ihre Lebensbedingungen durch die verkehrsgerechte Gestaltung der gebauten Umwelt, die Segmentierung der Landschaft durch die Asphaltbänder der Straßen und weiträumigen Abschottungen der Flughäfen, den streßerzeugenden Lärm der Automobile und die Kontamination der Atemluft erheblich verschlechtert. Mit der hochgradigen Mobilität der Streitkräfte auf dem Land, zu Wasser, in der Luft und im erdnahen Weltraum kann das zivile Verkehrswesen zwar nicht mithalten, beide Infrastrukturen sind jedoch eng verzahnt, und die Notwendigkeit, über hochverdichteten Treibstoff in Form von fossiler Energie zu verfügen, ist immer wieder in kriegerische Eskalationen gemündet.

Wie bei der Erforschung der Atomenergie ist die Entwicklung infor-

mationstechnischer Systeme maßgeblich auf Investitionen in Rüstungsprojekte zurückzuführen. Daraus hat sich eine energie- und rohstoffintensive Megainfrastruktur herausgebildet, die die Frage aufwirft, ob das Streamen audiovisueller Inhalte, auf das das Gros des weiterhin stark anwachsenden Energieverbrauches für IT-Leistungen entfällt, nur deshalb so unverzichtbar ist, weil die Entfremdung der Lohnarbeit die Betäubung durch Unterhaltungskonsum zwingend nach sich zieht [2]. Wofür wird die Energie überhaupt verwendet, deren Produktion zwar als erneuerbar und damit nachhaltig gilt, jedoch die durch fossile Energieproduktion und Bergbau für mineralische Rohstoffe erzeugten Probleme lediglich modifiziert? Alte in neue Abhängigkeiten stofflicher Art zu verwandeln wirkt nicht nur ökologische Fragen auf, sondern kann immense soziale Konsequenzen haben, da grüne Industrieprojekte erheblichen Flächenbedarf haben können und keineswegs frei sein müssen von neokolonialistischem Extraktivismus.

Die Zerstörung der Erde ist durch individuellen Konsumverzicht nicht aufzuhalten, wenn nicht zugleich die Voraussetzungen des warenproduzierenden Kapitalismus in Frage gestellt werden. Die strukturelle Abhängigkeit der KonsumentInnen von den industriellen und politischen Vorgaben, an denen ihre Lebensführung ausgerichtet ist, wird allzu häufig vergessen, wenn Verbrauchsumstellung und Konsumverzicht zur Lösung ökologischer Probleme propagiert werden. Solange die Entscheidung, Milliarden in die militärische Rüstung zu stecken, aber nur wenige Millionen für die Bekämpfung des Hungers in notleidenden Regionen

entbehren zu können, die Haushaltslogik der meisten Regierungen prägt, ist die Kritik individuellen Verbrauchs ein schwacher Ersatz für politische Interventionen, die nicht an nationalen Grenzen enden, sondern allen Menschen gleichermaßen zugute kommen sollen.

Wo sich technisch-wissenschaftlich-industrielle Komplexe in Kooperation von Staat und Kapital herausbilden, denen die jeweiligen Bevölkerungen als "Humankapital" für Lohnarbeit und deren meist von Frauen kostenlos ermöglichte Reproduktion dienen, steht den KonsumentInnen die Emanzipation davon, lediglich als Rädchen im Getriebe kapitalistischer Wertschöpfung zu fungieren, noch bevor. Die Eigendynamik der Herausbildung dieser Komplexe zu analysieren und die Definitionsmacht zu kritisieren, mit der ihre vermeintliche "Systemrelevanz" in die Waagschale politischer Entscheidungen geworfen wird, an die sich pfadabhängige Technologieentwicklungen von langfristiger Konsequenz koppeln, erfordert viel Arbeit und Mut. Wenn es um die Zukunft von Mensch und Natur geht, sollte das kein Hinderungsgrund sein, auch dies könnte am Schluß der sehr sehenswerten Dokumentation "Die Erdzerstörer" [3] stehen.

Anmerkungen:

[1] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1739.html>

[2] <https://www.heise.de/tp/features/Stromfresser-Internet-4776573.html>

[3] <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/redakt/mrrz0040.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1063.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Waffen und ihr endloser Markt ...

Der durch Kleinwaffen geforderte Blutzoll stellt den aller anderen Waffensysteme in den Schatten [...]. Hinsichtlich des Blutbads das sie anrichten, können Kleinwaffen sehr wohl als Massenvernichtungsmittel beschrieben werden

Der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan im Oktober 2000

(SB) 8. Juni 2020 - Der Waffenhersteller SIG Sauer stellt seine Produktion in Deutschland aufgrund mangelnder Geschäftsaussichten ein. Genau wie sein einheimischer Konkurrent Heckler & Koch, der seinerseits in schweren wirtschaftlichen Turbulenzen navigiert, hat das Unternehmen jahrelang gegen deutsche Ausfuhrgesetze verstoßen und Waffen auf Umwegen in Krisengebiete exportiert. Erst nachdem Klagen gegen die Firmenleitung zum Erfolg führten und der öffentliche Druck wuchs, so daß sich auch die Bundesregierung zu Korrekturen genötigt sah, beschränkten sich die Waffenschmieden offiziell auf Ausfuhren in genehmigte Länder. Daraufhin brachen die Profite weg, was die Mutmaßung nahelegt, daß in dieser Branche zumindest in Deutschland eher nicht auf legalem Wege erfolgreich gewirtschaftet werden kann. An der Produktion und Verbreitung von Kleinwaffen als solcher ändert sich nach SIG Sauers Weggang nichts. Der weit überwiegende Teil der Umsätze wurde ohnehin längst von der Schwesterfirma in

den USA generiert, die einen Großauftrag zur Ausrüstung der Streitkräfte mit Pistolen eingefahren hat. Dorthin wird nun die gesamte Geschäftstätigkeit verlagert. Und selbst wenn es zur Insolvenz eines solchen Herstellers kommen sollte, übernimmt die Konkurrenz das Geschäft.

Das heißt keineswegs im Umkehrschluß, daß Kritik, Recherchen und Klagen gegen die Rüstungsindustrie vergeblich wären. Sie werden insbesondere von Akteuren vorgetragen, die dem Antimilitarismus verpflichtet sind und weitreichende Forderungen wie jener nach einem Verbot jeglicher Rüstungsproduktion und der Konversion der Waffenschmieden damit verbinden. Maßgeblich bleibt allerdings, in welchem Maße entsprechende Fragen bis hin zum Gewaltmonopol des Staates und seiner repressiven Instrumente wie auch der herrschenden Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsweise weiterentwickelt werden. Geschieht das nicht, verlaufen sich Erklärungsansätze, woraus sich das Primat vorgehaltener Waffengewalt als Fundament der Herrschaftsverhältnisse und Produktionsweise speist, im Nebel des Ungewissen.

Nichtstaatliche Organisationen wie Amnesty International, Oxfam und IANSA schätzen, daß weltweit täglich 1.000 Menschen an Schußverletzungen durch

Kleinwaffen und damit weit mehr als durch den Einsatz leichter und schwerer Kriegswaffen sterben. Nach Schätzung des in Genf ansässigen Regierungsprojekts Small Arms Survey befinden sich über zwei Drittel aller Kleinwaffen in den Händen von Privatpersonen. Von den 650 Millionen Kleinwaffen in Privatbesitz wiederum finden sich über 250 Millionen in den USA. Verwendet wird der Begriff Kleinwaffen häufig im Zusammenhang mit der unerlaubten Verbreitung und dem illegalen Waffenhandel, Genehmigungen für Lizenzproduktionen und den Bürger- und Guerillakriegen sowie Low Intensity Conflicts insbesondere in der Dritten Welt.

Unter die Kategorie Kleinwaffen fallen Handwaffen wie Faustfeuerwaffen (Pistole/Revolver) oder Langwaffen (Gewehr, Karabiner, Sturmgewehr, Maschinenpistole, Schrotflinte, leichte Maschinengewehre), daneben aber auch militärisch genutzte Sprengmittel wie Handgranaten oder Minen. Für Kleinwaffen gelten in Deutschland wegen ihrer Gefährlichkeit und für bessere Rückverfolgungsmöglichkeiten gesonderte gesetzliche Regelungen, wobei die Kennzeichnungsvorschriften für Exportwaffen gegenüber den Waffen, die im Inland verbleiben (für Polizei, Sportschützen etc.), erheblich voneinander abweichen. Die weniger scharfen Kennzeichnungsvorschriften bei

Exportwaffen haben zur Folge, daß Kleinwaffen durch Umdeklariieren der Seriennummern geschmuggelt werden können, ohne daß sich die Lieferungen zurückverfolgen lassen. Die UN-Resolution (a60-88), in der eine Kennzeichnungsverschärfung für Exportwaffen gefordert wird, ist in Deutschland seit 2005 nicht umgesetzt worden.

SIG Sauer begründet die Schließung des Standorts in Eckernförde mit dem obligatorischen Verweis auf die Coronakrise, insbesondere aber mit "Standortnachteilen", die in Deutschland "für die Zukunft keine wirtschaftliche Produktion von Sport- und Behördenwaffen" erlaubten. Dabei verweist das Unternehmen auch auf das deutsche Waffenrecht, das "die Nutzung von Sportwaffen immer mehr einschränke". Darüber hinaus würden bei der Vergabe von Behördenaufträgen von der Polizei und der Bundeswehr einige wenige lokale Produzenten bevorzugt. Diese Beschwerde verweist auf den Großauftrag der Bundeswehr für ein neues Sturmgewehr, bei dem Sig Sauer einen seiner Ansicht nach unfair besseren Zugang des Konkurrenten Heckler & Koch zu Testmunition öffentlich kritisiert hatte. Der Geschäftsführer des Unternehmens, Tim Castagne, spricht von einer Benachteiligung aufgrund der internationalen Ausrichtung von Sig Sauer. [1] Dabei geht es im Kern darum, daß sich SIG Sauer nicht um das neue Sturmgewehr für die Bundeswehr bewerben konnte, weil in seinem Vorschlag - angeblich eine Variante des Sturmgewehrs MCX - auch US-Technik steckt und dies bei der Ausschreibung explizit ausgeschlossen wurde. [2]

SIG Sauer gilt als das älteste deutsche Waffenunternehmen, seine Wurzeln reichen bis ins Jahr 1751 zurück. Seit 2000 ist die SIG Sauer GmbH & Co. KG Bestandteil einer Holding namens L&O, der auch die amerikanische SIG Sauer Inc. in Newington im US-Bundesstaat New Hampshire und die Swiss Arms im schweizerischen Neuhausen gehören, die in den 1970er Jahren den Namensbestandteil SIG für "Schweizerische Industrie-Gesellschaft" beisteuerte. Hinter dem Waffenhersteller steht die private Dachgesellschaft L&O der beiden als verschwiegen geltenden Unternehmer Michael Lüke und Thomas Ortmeier in Emsdetten (NRW).

Der Standort Eckernförde durchlebte in den vergangenen Jahrzehnten eine wechselvolle Entwicklung. Einst gab es dort über 500 Beschäftigte, doch vor sechs Jahren wurde schon einmal eine Schließung befürchtet. Dann wurden erneut Millionen Euro investiert, worauf sich das Geschäft zeitweise besserte und Neueinstellungen vorgenommen wurden. Soeben wurde den noch 125 Beschäftigten am traditionsreichen norddeutschen Standort mitgeteilt, daß die Fertigung zum Jahresende auslaufen soll.

Laut Unternehmensangaben haben die Gesellschafter in den vergangenen Jahren große finanzielle Beiträge zur Stabilisierung des Unternehmens geleistet. Es seien auch drastische Sparmaßnahmen erfolgt, um die Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Wirtschaftsstaatssekretär Thilo Rohlf (FDP) sprach von einer bitteren Nachricht für die

Region, aber auch für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt, der kalt erwischt worden sei. Noch im Februar habe die Koalition aus CDU, Grünen und FDP die amtliche Beschußstelle für Waffen und Böller in Eckernförde mit erheblichen Steuerkosten modernisieren lassen, um ein klares Signal in Richtung SIG Sauer zu setzen.

Laut den zuletzt veröffentlichten Zahlen von 2018 betrug der Umsatz des Konzerns mit rund 2000 Beschäftigten 530 Millionen Euro bei elf Millionen Euro Gewinn, wobei lediglich sechs Prozent des Umsatzes in Deutschland erzielt wurden. Branchenkenner gehen davon aus, daß SIG Sauer im Gegenzug seinen großen US-Standort in Newington, Connecticut, weiter ausbaut. Ob deutsche Behördenkunden künftig komplett mit Pistolen und Gewehren aus den USA versorgt werden, ist offen. Zu den Kunden des Unternehmens gehört die Polizei in Schleswig-Holstein, Berlin oder Rheinland-Pfalz. Sollten die Behörden jedoch auf inländische Produktion bestehen, könnte der Konkurrent Heckler & Koch profitieren.

2018 wurden allein in der US-Produktion mehr Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt, als in Eckernförde jetzt noch beschäftigt sind. In den USA punktet der Waffenhersteller insbesondere beim Militär. Dort hatte der Konzern mit dem Modell SIG Sauer P320 ein Auswahlverfahren für eine neue Pistolengeneration für die US-Streitkräfte gewonnen, die über einen Zeitraum von zehn Jahren produziert wird. Insgesamt umfaßt der Auftrag allein für die US Army rund

280.000 Stück sowie weitere 212.000 Stück für die weiteren Teilstreitkräfte im Umfang von rund 580,2 Millionen US-Dollar einschließlich Munition und Zubehör.

Daß Deutschland, die USA und die Schweiz drei Länder mit durchaus unterschiedlichen Rechtsordnungen sind, wenn es um Waffen geht, haben drei ehemalige deutsche SIG-Sauer-Manager laut einem inzwischen rechtskräftigen deutschen Strafgerichtsurteil von 2019 in außenwirtschafts- und kriegswaffenkontrollgesetzwidriger Weise vernachlässigt. Demnach wurden zwischen 2009 und 2011 gut 38.000 Pistolen des Typs SP 2022 nach Kolumbien exportiert, wobei den Beschuldigten bewußt gewesen sein soll, daß von insgesamt 50.000 für den US-Markt deklarierten Pistolen dieses Typs tatsächlich nur knapp 12.000 dort verbleiben würden. Abnehmer der übrigen Pistolen waren staatliche kolumbianische Stellen, und als Weiterverkäufer fungierte die damalige US-Administration von Barack Obama, dessen Außenministerium vorher mit einer "Endverbleibserklärung" versichert hatte, die SP 2022 würden nicht weiterexportiert. Nach einem langjährigen Ermittlungsverfahren wurden die drei Manager, darunter Miteigentümer Lüke, im April 2019 vor einer Wirtschaftsstrafkammer zu Bewährungs- und Geldstrafen in Millionenhöhe verurteilt. Die Angeklagten legten Revision beim Bundesgerichtshof ein.

Ebenfalls über die USA wurden offenbar in Deutschland nicht genehmigte Waffenexporte nach

Kasachstan und in den Irak abgewickelt. Nachdem im April 2020 ähnliche Vorwürfe hinsichtlich der Lieferung von 50.000 P320 an mexikanische Behörden laut wurden, verwies der deutsche Unternehmensteil umgehend darauf, daß man diese Waffe weder hier entwickelt noch eine Serienfertigung dafür aufgebaut habe. Dagegen habe SIG Sauer USA ihr eigenes Produkt in größeren Stückzahlen gebaut und streng nach den US-amerikanischen Exportregeln und Genehmigungen der amerikanischen Regierung an das Nachbarland geliefert. Weder die SIG Sauer Deutschland noch die deutsche Regierung habe hierauf Einfluß, noch das Recht, die amerikanischen Aktivitäten zu beeinflussen, hieß es in einer Stellungnahme.

In den USA sorgen Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Polizeigewalt dafür, daß der Run auf die Waffengeschäfte derzeit besonders groß ist. Wie die National Rifle Association twitterte, seien in der ersten Hälfte des Jahres 2020 mehr als zwei Millionen Amerikaner zum ersten Mal Waffenbesitzer geworden. Laut der National Shooting Sports Foundation (NSSF), neben der NRA die wichtigste Lobbygruppe der Schußwaffenindustrie, zu der rund 8000 Waffen- und Munitionshersteller und -händler zählen, sollen es sogar 2,5 Millionen Erstkäufer sein.

Diese neuen Kunden geben demnach im Durchschnitt knapp 600 Dollar für einen Kauf aus, wobei halbautomatische Handfeuerwaffen und Shotguns besonders beliebt seien. Laut einer Umfrage gaben 2017 etwa 40

Prozent der Amerikaner an, daß sie eine Waffe besitzen oder mit einer solchen in einem Haushalt leben. Die Rate von Mord oder Totschlag durch Schußwaffen ist die höchste in der sogenannten entwickelten Welt. So wurden 2017 fast 11.000 Todesfälle als Folge von Mord oder Totschlag mit einer Schußwaffe verzeichnet. Hinzu kommt, daß ungefähr 60 Prozent der jährlichen Todesfälle durch Schußwaffen Selbsttötungen sind. Im Jahr 2019 waren es bereits knapp 40.000 Menschen, die durch Schußwaffen starben, davon 24.000 Suizide. [3]

Mit dem Wegfall der Produktion von SIG Sauer in Deutschland verpuffen nun die hiesigen Waffenexportverbote, so daß der Konzern diesen lästigen Klotz am Bein loswird. Demgegenüber müssen die Verhältnisse in den USA zumindest aus Perspektive eines Produzenten von Kleinwaffen geradezu paradiesisch anmuten, und das nicht nur, was den satten Auftrag der Streitkräfte betrifft.

Anmerkungen:

[1] www.heise.de/tp/features/Sig-Sauer-wird-amerikanischer-4776114.html

[2] www.welt.de/wirtschaft/article209033709/SIG-Sauer-Waffenhersteller-geht-in-die-USA.html

[3] www.heise.de/tp/features/USA-2-5-Millionen-neue-Waffenbesitzer-4776143.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1790.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Ecuador

Erneut Proteste gegen Anpassungsmaßnahmen der Regierung

Als Politik gegen den Notstand in der Coronakrise getarnt, hat die Regierung Lenín Morenos gleich mehrere neoliberale Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht - die Proteste lassen nicht auf sich warten.

(Quito, 24. Mai 2020, AN-Red/poonal) - Wieder einmal sieht sich Ecuadors Regierung unter Lenín Moreno wegen politischer Maßnahmen im Auge des Sturms. Die verabschiedeten Maßnahmen widersprechen in vielerlei Hinsicht den Interessen der Bevölkerung: Löhne werden herabgesetzt, Arbeiter*innenrechte gekürzt; Arbeitsverträge werden gekündigt oder immer weiter prekariert. Staatliche Unternehmen werden geschlossen und verkauft, die Haushalte für Bildung und Gesundheit gekürzt - und das sind nur die umstrittensten Maßnahmen. Wie bereits vor den breiten gesellschaftlichen Protesten im Oktober 2019 [1] geschehen, wird auch jetzt die Subventionierung von Treibstoff gekürzt. Die Proteste haben bereits begonnen.

Dieses Mal nutzte die Regierung die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lähmung der präventiven Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie, um zunächst

die Budgets von 32 höheren Bildungseinrichtungen zu kürzen. Mit der im Mai verabschiedeten Bestimmung unter dem Namen "Gesetz für humanitäre Unterstützung" wurde außerdem ein Paket von Reformen ermöglicht, das die Rechte der Arbeiter*innen durch Entlassungen, neue "besondere Arbeitsverträge", Arbeitszeitverkürzungen um zwei Stunden und Lohnkürzungen bis zu 25 Prozent angreift. Aber die Maßnahmen machten auch danach nicht Halt: Zur gleichen Zeit verkündete der Präsident ein weiteres Maßnahmenbündel, das die Schließung und den Verkauf staatlicher Unternehmen anordnet. Dort findet sich auch die Streichung der Treibstoffsubventionierung wieder, getarnt als Senkung der Verbrauchssteuer angesichts der Senkung des Rohölpreises. Stattdessen wird der Wert ab jetzt mit einer maximalen Abweichung von 5 Prozent an den internationalen Ölpreis angepasst.

Chronologie eines Landes in Flammen

Die Regierung agiert seit dem letzten Jahr, als sie Auszahlungen von 4,2 Milliarden US-Dollar durch den Internationalen Währungsfonds zugestimmt hatte, un-

ter dem Schirm des IWF. Präsident Lenín Moreno machte sogleich den öffentlichen Wirtschaftssektor für das wirtschaftliche Drunter und Drüber verantwortlich. Der Fall des Erdölpreises und dem anderer Rohstoffe, die die ecuadorianische Wirtschaft stützen, verpasste jedoch den staatlichen Finanzen den Gnadestoß. Diese kritische Entwicklung hat auch eine wachsende Kapitalflucht zur Folge, während die Bevölkerung unter der Ausbreitung des Coronavirus leidet. Bereits vor Wochen gingen die Bilder von Leichen auf den Straßen der Hafenstadt Guayaquil, wo sich bereits über 14.000 Menschen mit dem Virus infiziert haben, um die Welt.

Anfang Mai: Kürzungen im Bildungswesen und Studierendenproteste

Am ersten Mai nutzte die Regierung den Vorwand der Covid-19-Pandemie, um mit den Haushaltskürzungen von 98 Millionen US-Dollar in 32 staatlichen Universitäten und polytechnischen Schulen des Landes zu beginnen, deren Haushalte seit 2015 unangestastet geblieben waren. Allein der Universität von Cuenca wurden 5,5 Millionen US-Dollar, ganze

elf Prozent des Gesamthaushalts der Institution, gekürzt, was die Entlassung von 400 Professor*innen zur Folge hat.

In den ersten Maitagen wurde deshalb der studentische Protest immer lauter: zunächst in den sozialen Netzwerken und schließlich bei einer Großdemonstration in Quito am 11. Mai, die als "biosichere Demonstration" trotz der Einschränkung der Bewegungsfreiheit mit Abstand und Atemschutzmasken begangen wurde. Die Proteste weiteten sich auf das ganze Land aus, unter anderem als landesweiter Aktionstag zur Verteidigung der öffentlichen Bildung. Am 13. Mai ermöglichte der Verfassungsgerichtshof auf mehrere Forderungen hin die Untersuchung der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen und ordnete die Regierung an, "die Haushaltsanpassungen auszusetzen und auf weitere Maßnahmen zu verzichten", die höhere Bildungseinrichtungen betreffen. Am 14. Mai wurde eine Sitzblockade von Studierenden in Guayaquil aufgelöst.

Mitte Mai: Neue Bestimmungen im Arbeitsrecht und Gewerkschaftsdemonstrationen

Am Tag darauf stimmten 74 Abgeordnete für und 59 gegen das "Gesetz für humanitäre Unterstützung, um Covid-19 zu besiegen". Damit wurde ein weiterer Schlag gegen die einfache Bevölkerung vollbracht, denn die einzelnen Artikel des Gesetzes machen so einige Arbeitsrechte zunichte: Arbeitstage im Home-Office können um bis zu vier Stunden verlängert werden, Arbeitstage formeller Angestellter dagegen um zwei

Stunden verringert und der Lohn somit um bis zu 25 Prozent gekürzt werden. Es gibt neue Bedingungen für Entlassungen, außerdem werden für vier Jahre "besondere Arbeitsverträge" - höchst prekäre Arbeitsverhältnisse - ermöglicht. Verhandlungen zwischen Unternehmen und Angestellten sollen zwar möglich sein, um ohne staatliche Beteiligung über Lohnkürzungen zu entscheiden, diese könnten jedoch zu Lohnkürzungen zu bis zu 45 Prozent führen. Das Gesetz betrifft auch die Regelungen über Überstunden und Urlaubstage.

Am 17. Mai fand in Quito eine Demonstration der größten Gewerkschaften des Landes statt, die in einer Sitzblockade vor dem Parlament endete, das wie vor Demonstrationen üblich mit Gittern abgesperrt worden war. Am Tag darauf breitete sich der Protest auf elf weitere Städte aus: Demonstrationen und Sitzblockaden wurden in Quito, Guayaquil, Cuenca, Loja, Manta, Portoviejo, Santo Domingo, Quevedo, Latacunga, Tulcán und Ibarra verzeichnet. Die Demonstrierenden machten ihrem Unmut über die Kürzungen und ihrer Unzufriedenheit mit Wirtschaftsminister Richard Martínez Luft.

Ende Mai: Kürzungen und Schließungen staatlicher Unternehmen gegen den "Gesundheitsnotstand"

Am 19. Mai kündigte Ecuadors Präsident Lenín Moreno über die landesweiten Kanäle ein weiteres Paket wirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen an, die aufgrund des "Gesundheitsnotstands" im Land getroffen wür-

den. Demzufolge beinhalten die Maßnahmen die Kürzung der öffentlichen Ausgaben um ganze vier Milliarden US-Dollar. Diese sollen durch Einsparungen in unterschiedlichen Bereichen zustande kommen: 980 Millionen Dollar durch Lohnkürzungen, 400 Millionen Dollar durch die Streichung öffentlicher Güter und Dienste, 1,3 Milliarden durch die Einsparung von Geldeinlagen und 1,3 Milliarden durch die Umstrukturierung der Auslandsschulden.

Diese Maßnahmen beinhalten die Streichung der Subventionierung von Treibstoff [...], die bereits im Oktober 2019 einen Aufstand der Bevölkerung auslöste, der nach der historischen Demonstration in Quito den Umzug der Regierung nach Guayaquil zur Folge hatte. Außerdem wird die allgemeine Arbeitszeit um zwei Stunden verkürzt, was eine Verringerung der Lohnzahlungen nach sich zieht - Sicherheitsdienste und einige Bereiche des Gesundheitssystem sind von dieser Maßnahme allerdings ausgenommen. Der Lohn der staatlichen Bediensteten sinkt damit um 16,6 Prozent. Das Paket beinhaltet auch die Kürzung der Arbeitstage von Lehrer*innen um eine Stunde sowie die Schließung zehn staatlicher Unternehmen, darunter auch die Airline Tame, Immobilienunternehmen, Bahnunternehmen, landwirtschaftliche Firmen, öffentliche Medieninstitutionen und die staatliche Post. Auch die Schließung von Botschaften, Konsulaten und weiteren Büros wurde angeordnet.

Schon am Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes begannen die Entlassungen: Mindestens 400 Angestellte der Zone 4 des

staatlichen Gesundheitssystem in den Provinzen Manabí und Santo Domingo erhielten Kündigungsschreiben. Gleichzeitig gingen auch die Proteste weiter: Das Netzwerk der Lehrer*innen in Ecuador rief am 21. Mai in Quito zu einem Aktionstag gegen den "Betrug Morenos" und zur Verteidigung gegen die Lohnkürzungen auf.

Bündnis der Indigenen (CONAIE) schaltet sich in die Proteste ein

Am 21. Mai versammelte sich die wichtigste gesellschaftliche Organisation des Landes, die beinahe die Gesamtheit der indigenen Bewegungen umfasst, in virtueller Form: das Bündnis indigener Nationalitäten von Ecuador (CONAIE), das bereits den gesellschaftlichen Aufstand im vergangenen Oktober angeführt hatte. Die Sitzung des politischen Rats der Organisation bestimmte, alle verabschiedeten Maßnahmen der Regierung abzulehnen, die "die Verfestigung einer neoliberalen Politik [2] über das Gemeinwohl der Bevölkerung stellen" und beschuldigte die Regierung, den Kontext der Pandemie auszunutzen. Außerdem sprachen sie sich dafür aus, "die biosicheren Sitzblockaden unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zu unterstützen", die die Haushaltskürzungen zurückweisen. Außerdem versicherte die Organisation, sich für eine Antwort auf die staatlichen Maßnahmen gegen die Bevölkerung vorzubereiten. Derweil würde "die CONAIE eine Anfrage über die Verfassungsmäßigkeit auf nationaler Ebene stellen. Die Maßnahmen verletzen die Arbeitsrechte, sie lassen uns im Stich. Die Regierung muss die

Gesundheit und Bildung gewährleisten", erläuterte Jaime Varga, Vorsitzender des CONAIE. Die Organisation war bisher auf die Eindämmung der Covid-19-Pandemie in den Gemeinden fokussiert, die bereits 20.000 Indigene getroffen hat. Für Ende Mai wurde ein großer Aktionstag der Gewerkschaften und indigenen Bewegungen angekündigt.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/president-moreno-verteidigt-iwf-paket-fuer-ecuador-und-erklaert-ausnahmestand/>

[2] <https://www.npla.de/thema/tagesspolitik/die-hintergruende-der-neoliberalen-kehrwende-in-ecuador/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/arbeitsgesundheit/erneut-proteste-gegen-anpassungsmassnahmen-der-regierung/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1981.html>

REPRESSION / FAKTEN

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Mexiko

Tod im Polizeigewahrsam: Protestierende fordern Gerechtigkeit für Giovanni López

Am 4. Mai starb Giovanni López im mexikanischen Bundesstaat Jalisco im Polizeigewahrsam. Die Brutalität seines Todes und die Untätigkeit der Behörden sorgten für einen Aufschrei.

(Buenos Aires, 5. Juni 2020, AN-Red/poonaal) - Am 4. Mai wollte der 30-Jährige Giovanni López aus dem westmexikanischen Bundesstaat Jalisco mit seiner Familie essen gehen; stattdessen starb er im Polizeigewahrsam. Vier Polizisten nahmen ihn in der Gemeinde Ixtlahuacán de los Membrillos am Rand der Großstadt Guadalajara fest, weil er keinen vorgeschriebenen Mundschutz getragen hatte. Als ihn seine Familie anschließend auf der Polizeiwache suchte, war López bereits an einem Schädel-Hirn-Trauma im Krankenhaus verstorben. Nach Angaben seiner Schwester wies der Körper von López zudem Folterspuren und eine Schusswunde im Bein auf.

Einen Monat nach seinem Tod kam es daher am 4. Juni zu massiven Protesten. Die Demonstrationen waren gleichzeitig Teil der weltweiten Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt, die durch den Mord an George Floyd

in der US-Stadt Minneapolis ausgelöst worden waren.

Behörden wurden erst nach massiven Protesten aktiv

Nicht nur der Tod von Giovanni López sorgte für Empörung; sein Fall zeigt viele Facetten der Straflosigkeit in Mexiko. Einen Monat nach seinem Tod war zunächst noch kein Polizist in Haft, obwohl ein Video [1] von der Festnahme existiert. Stattdessen berichtete López' Familie von Bestechungsversuchen und Drohungen. Während die Behörden noch schwiegen, gab es einen Aufschrei, der zusätzlich durch den Tod von George Floyd in den USA angefacht wurde. Internationale Prominente wie die Schauspielerin Salma Hayek forderten "Gerechtigkeit für Giovanni".

Der Schriftsteller, Regisseur und Produzent Guillermo de Toro griff auf Twitter den Gouverneur des Bundesstaates Jalisco, Enrique Alfaro Ramírez [2] direkt an. Zudem kritisierte er die Staatsanwaltschaften von Jalisco und Mexiko, sowie die Nationale Menschenrechtskommission CNDH, weil sie in dem Fall untätig geblieben war.

Polizisten verhaftet, Bürgermeister untergetaucht

Die Angehörigen von Giovanni López teilten mit, dass der umstrittene Bürgermeister von Ixtlahuacán de los Membrillos, Eduardo Cervantes Aguilar, versucht habe, sie mit 200.000 Pesos (8.200 Euro) zu bestechen, damit das Video nicht veröffentlicht werde; als sie dies ablehnten, sei-

en sie mit dem Tod bedroht worden. Am 5. Juni sollte Cervantes Aguilar bei der Staatsanwaltschaft zu den Vorwürfen Stellung nehmen; er zog es jedoch vor, unterzutauchen [3].

Noch gibt es keine offizielle Version der Geschehnisse. Der Staatsanwalt von Jalisco, Gerardo Octavio Solís, wies zurück, dass López verhaftet worden sei, weil er keinen Mundschutz trug; vielmehr habe es sich um einen "Fehler" gehandelt. Am 5. Juni teilte Gouverneur Enrique Alfaro mit schließlich mit, dass nun doch drei Polizisten [4] im Zusammenhang mit dem Fall verhaftet worden seien.

Anmerkungen:

[1] <https://youtu.be/2xuLlORIlqI>

[2] <https://www.economista.com.mx/estados/Quien-es-el-alcalde-de-Ixtlahuacan-Eduardo-Cervantes-Aguilar-20200605-0063.html>

[3] <https://www.infobae.com/america/mexico/2020/06/06/asesinato-giovanni-lopez-el-alcalde-de-ixtlahuacan-de-los-membrillos-se-encuentra-desaparecido/>

[4] <https://www.eluniversal.com.mx/english/three-police-officers-arrested-connection-giovanni-lopez-case>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/tod-im-polizeigewahrsam-protestierende-fordern-gerechtigkeit-fuer-giovanni-lopez/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weiter-

gabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0444.html>

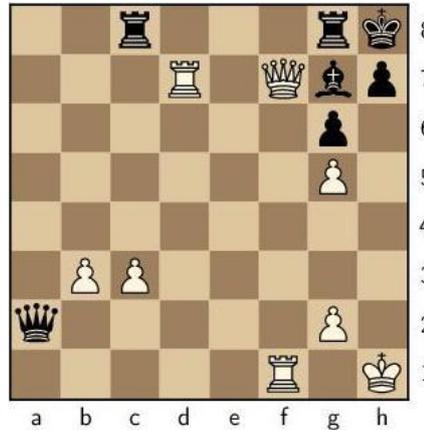
SCHACH - SPHINX

Zivilgesellschaftlich getarnt

(SB) - Bräuche haben neben einem Zweck oft auch eine lange Vorgeschichte. So war es im alten Rom üblich, daß der Bräutigam seine Braut auf den Armen ins Heim trug. Die Sitte, die heutzutage kaum noch vorkommt, aber in der Vergangenheit durchaus gepflegt wurde, ist also über die Römer zu uns gekommen. Offenbar handelte es sich dabei um ein abergläubisches Volk, bestand doch die Furcht, daß die Jungvermählte beim Gang über die Schwelle ins Stolpern geraten könnte, was offenbar als unheilvoll gewertet wurde. Auch hätte es Unglück gebracht, wenn sie zuerst mit dem linken Fuß eingetreten wäre. Dieser vordergründige Erklärungszusammenhang zum Entstehen dieses Brauchtums weist allerdings noch einen

eher patriarchalisch definierten Hintergrund auf. So könnte die Handlung auch eine Reminiszenz darauf sein, daß der Mann in seiner Funktion als Jäger oder Krieger seine Jagdtrophäe bzw. Beute ins Haus brachte. Einen Sturz erlebte dagegen Szabó in seiner Partie gegen Bejenaru. Statt die Braut, und damit inbegrifflich den Sieg, sogleich mit 1...Da2-c2! über die Schwelle ins Heim zu führen, verstieg er sich auf den Gedanken, zunächst die Stellung zu vereinfachen. Das Risiko vermeidend, und da er ohnehin im Besitz einer Mehrfigur war, zog er 1...Tc8-f8?, worauf Bejenaru sich ins Remis retten konnte. Ganz falsch wäre 1...Tc8xc3?? gewesen wegen der Mattfolge

2.Df7xg8+! Kh8xg8 3.Td7-d8+ Lg7-f8 4.Td8xf8+ Kg8-g7 5.Tf1-f7# Nun, Wanderer, wie sicherte sich Bejenaru im heutigen Rätsel der Sphinx nach 1...Tc8-f8? einen halben Punkt?



Bejenaru - E. Szabó
Timisoara 1956

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Schade, daß Keogh nach 1...Dh3-g3+!! 2.Kg1-h1 nicht den originalen Mattweg 2...e4-e3!! fand, der den Sieg geebnet hätte: 3.Ld1-e2 Dg3-h3+ 4.Kh1-g1 e3xf2+ 5.Tf1xf2 Tf4xf2 usw., oder 3.f2-f3 Dg3-h3+ 4.Kh1-g1 Tf4xg4+! und Schwarz gewinnt. Nicht besser wäre es Weiß nach 3.Ta1-a7 ergangen wegen der Widerlegung 3...Dg3-h3+ 4.Kh1-g1 e3xf2+ 5.Tf1xf2 Dh3-g3+! 6.Tf2-g2 - 6.Kg1-h1 hilft nicht wegen 6...Dg3-h4+ und der Turm auf f2 fällt mit Schach - 6...Tf4-f1#

<http://www.schattenblick.de/info-pool/schach/schach/sph07295.html>

UMWELT / REDAKTION / KLIMA

Permafrost - und die Folgen für das ganze Klima ...

(SB) 8. Juni 2020 - Der Arktis stehen gewaltige landschaftliche und infrastrukturelle Umbrüche bevor und damit auch der gesamten Erde. Seit Ende der letzten Eiszeit vor rund 11.500 Jahren taut der Permafrostboden auf. Doch mit Beginn der Industrialisierung und dem großmaßstäblichen Verbrennen fossiler Energieträger erwärmt sich die Erde rascher als zuvor. In Folge dessen nimmt auch die Geschwindigkeit zu, mit der sich der Permafrost zurückzieht. Eine außergewöhnliche Hitzewelle in diesem Frühjahr in Sibirien dürfte den Prozeß beschleunigt haben. Ob das der Hauptgrund

dafür war, daß vor kurzem im sibirischen Kraftwerk Norilsk CHPP-3 ein Tank mit Dieselöl kollabiert ist, wie dessen Betreiber NorNickel behauptet, oder ob nicht vielmehr Vernachlässigung der Wartungsarbeiten die Hauptrolle gespielt hat, wie wiederum Umweltschützer kritisieren, läßt sich wohl erst nach eingehender Untersuchung des Vorfalles feststellen.

Demnach war der Tank, der nahe der Stadt Norilsk steht, am 29. Mai 2020 in sich zusammengestürzt, und es ergossen sich mehr als 20.000 Tonnen Dieselkraftstoff in die Umwelt. Ein Großteil

der Flüssigkeit gelangte in den Ambarnaya-Fluß und seinen Nebenfluß Daldykan, südlich der arktischen Halbinsel Taimyr. Auf Satellitenbildern der Europäischen Weltraumagentur ESA ist der Unfall an der Rotfärbung der beiden Fließgewässern zu erkennen. Diese münden in den Pyasinosee, von wo das Wasser weiter ins arktische Randmeer, die Karasee, fließt. Durch Ölsperren wurde der Dieseltreibstoff daran gehindert, den Pyasinosee zu kontaminieren. Allerdings sind einige Bestandteile des Diesels wasserlöslich und werden sich von den mechanischen Sperren nicht aufhalten

lassen. Nach Behördenangaben ist eine Fläche von 350 Quadratkilometern kontaminiert.

Rußlands Präsident Wladimir Putin hat den föderalen Notstand ausgerufen, um zentralstaatliche Mittel zur Bekämpfung der Ölverschmutzung freizusetzen, und war am 3. Juni persönlich in Norilsk erschienen, um mit den Verantwortlichen zu sprechen. Wobei er offenbar kein Blatt vor den Mund nahm und den Betreiber kritisierte, daß Moskau erst zwei Tage nach dem Vorfall davon erfahren hat. Der Manager des Kraftwerks, Vyacheslav Starostin, wurde inhaftiert.

Daß das Auftauen des Permafrosts verantwortlich für den Unfall war, also quasi höhere Fügung, ist zunächst einmal eine Schutzbehauptung des Unternehmens. Denn auch wenn der Boden in Sibirien mehr und mehr auftaut, laufen die Vorgänge so langsam ab, daß sie niemanden überraschen können. Der fragliche Tank war schon jahrzehntealt und wurde offenbar nicht ausreichend gewartet. Das Unternehmen hätte längst für Ersatz sorgen müssen.

Dennoch enthält die Ausrede mehr als nur ein Körnchen Wahrheit. Denn die Stadt Norilsk, einstmals mit einer Bevölkerungszahl von 300.000 (heute 180.000) Stolz der Sowjetunion, muß laufend mit vielen Millionen Rubel unterstützt werden. Das betrifft sowohl die Maßnahmen gegen den Frost, als auch Maßnahmen aufgrund der Auflösung des dauerhaften Frosts. Die Aufrechterhaltung der damals in Sibirien gebauten Städte verschlingt etwa sechs Prozent

des russischen Bruttoinlandprodukts. [1]

Zu den Maßnahmen gehört auch die Sicherung von Gebäuden und Infrastrukturen gegen Verurschungen. Denn sie wurden sprichwörtlich auf Eis gebaut. Und der Boden, der taut, sackt zusammen. Zu Wasser geschmolzenes Eis nimmt ein wesentlich geringeres Volumen ein; außerdem versickert das Wasser womöglich. Die sibirischen Städte sind sprichwörtlich von Zerfall bedroht. Die gleichen Probleme treten in anderen Regionen der Arktis auf, beispielsweise in Alaska. Auch unter Fairbanks, der zweitgrößten Stadt dieses US-Bundesstaats, befinden sich teils mächtige Eiskeile. Sollten sie tauen, sackt der Untergrund möglicherweise um mehr als ein Dutzend Meter ab. [2]

Bereits im April und Mai hat Sibirien eine außergewöhnliche Hitzewelle mit Temperaturen von über 30 Grad C erlebt. In diesem Jahr sind schon mehr als 35.000 Quadratkilometer Wald abgebrannt, das ist mehr als die doppelte Fläche Schleswig-Holsteins. Die hohen Temperaturen und zusätzlich die Brände beschleunigen das Auftauen des Permafrostbodens. Das Beispiel der Ölverseuchung bei Norilsk zeigt, daß das eine Gefahr ist, die bereits heute und nicht erst in ferner Zukunft besteht.

Dabei dürften die direkten Auswirkungen auf die Infrastruktur noch von den indirekten Folgen durch die Freisetzung des Treibhausgases Methan in den Schatten gestellt werden. Denn sobald der gefrorene Boden auftaut,

werfen Mikroben ihren Stoffwechsel an und zersetzen tierisches und pflanzliches Material. Dabei wird unter anderem Methan freigesetzt, das auf einen Zeitraum von 20 Jahren bezogen das 87fache Treibhausgaspotential von Kohlenstoffdioxid hat.

Permafrost umfaßt rund ein Viertel der globalen Landfläche und bindet zwischen 1.300 und 1.600 Gigatonnen Kohlenstoff. Das ist rund doppelt soviel wie in der Erdatmosphäre (800 Gigatonnen). Die gesamte Arktis steht am Beginn eines sich selbst verstärkenden Umwandlungsprozesses, der eigentlich schon mit dem Ende der letzten Kaltzeit begonnen hat. Jedoch wurde der Vorgang durch das Verbrennen fossiler Energieträger wie Erdöl, Erdgas und Kohle sowie bestimmte landwirtschaftliche Praktiken, welche beispielsweise die Degradierung der Böden verstärken, beschleunigt.

Mit weiteren Kontaminationen der arktischen Umwelt durch die Förderung von Erdöl und Erdgas sowie deren Transport und Verbrauch wird in der Zukunft vermehrt zu rechnen sein. Die überdurchschnittlich starke Erwärmung im Verhältnis zu den übrigen Erdregionen begünstigt letztlich auch den Rohstoffabbau, weil Gebiete leichter zugänglich werden. Dabei setzt Rußland nicht mehr auf den Bau ganzer Frontier-Städte wie Norilsk, die unter großem Aufwand bewahrt werden müssen, sondern auf provisorische Unterkünfte (Container), denen weder Tiefsttemperaturen noch auftauender Permafrost etwas anhaben können, und Schichtbetrieb, wie er zum

Beispiel von Ölförderplattformen her bekannt ist.

Der arktische Ozean rückt ebenfalls in die Aufmerksamkeit der Rohstoffkonzerne, so daß in Zukunft mit weiteren industriellen Umweltkatastrophen wie die bei Norilsk zu rechnen ist. Wobei sich dort die Schadensbekämpfung als ausgesprochen schwierig erweist. So führen überhaupt keine Straßen zu dem Gebiet der Ölverseuchung vom Ambarnaya-Fluß, und dieser ist so seicht, daß er auch nicht beschiffbar ist. Es konnten zwar einige hundert Tonnen Diesel geborgen werden, aber der Großteil bleibt wohl noch viele Jahre in der Landschaft oder wird am Ende doch weiter in die Karasee fließen.

Anmerkungen:

[1] Darüber berichtete Dr. Nikolay Shiklomanov von der George Washington University auf der 11. Internationalen Permafrostkonferenz (ICOP), die das Alfred-Wegener-Institut Helmholtz Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI) vom 20. bis 24. Juni 2016 in Potsdam organisiert hat, im Interview mit dem Schattenblick.
<http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0244.html>

[2] Davor warnte Dr. Torre Jorgenson, ehemaliger Vorsitzender der U.S. Permafrost Association und an der Universität von Alaska in Fairbanks tätig, auf der ICOP 2016 im Interview mit dem Schattenblick.
<http://schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umri0235.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-758.html>

GEISTESWISSENSCHAFTEN / GESCHICHTE

Warum 1945 in Italien die Revolution ausfiel, obwohl eine klassische revolutionäre Situation bestand

Zwei Linien in der Führung der Kommunistischen Partei (IKP) Palmiro Togliatti folgte Stalins Weisung, "die Frage der sozialistischen Revolution nicht aufzuwerfen"

von Gerhard Feldbauer, 25. Mai 2020

Nach der Niederlage des Faschismus Ende April 1945 standen die Linken - Kommunisten, Sozialisten und Aktionisten [1] - vor der Entscheidung über die gesellschaftliche Perspektive. Dazu bestand eine klassische revolutionäre Situation, die bis zum Spätherbst anhielt: [2]

- Der italienische Imperialismus war militärisch geschlagen, seine ökonomischen und politischen Positionen ernsthaft erschüttert. Er verfügte über keine ihm hörige Regierung mehr. Die großbourgeois Vertreter in der antifaschistischen Einheitsregierung befanden sich in der Minderheit und mussten lavieren.

- Das von Kommunisten und Sozialisten 1934 geschlossene Aktionseinheitsabkommen war 1937 während des gemeinsamen Kampfes zur Verteidigung der Spanischen Republik mit einem klaren antiimperialistischen Bekenntnis und dem Ziel, Faschismus und Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, vertieft worden. Eine Demokratische Republik unter Führung der Arbeiterklasse sollte errichtet werden, in der die ökonomischen Grundlagen der Reaktion und

des Faschismus durch "Nationalisierung des Monopolkapitals in der Industrie und im Bankwesen" und "die Vernichtung jeder Art von Feudalismus auf dem Lande" beseitigt werden sollten. [3]

- Die Kommunalwahlen im März 1946 und die im Juni folgenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zeigten, über welche Massenbasis IKP und ISP verfügten. Sie erreichten zusammen jeweils rund 40 Prozent der Stimmen. Beide Wahlen fanden bereits im restaurativen antikommunistischen Klima der zum Gegenangriff übergegangenen Konterrevolution statt. Unmittelbar nach Kriegsende dürfte ein noch größerer Anteil der Bevölkerung hinter den Arbeiterparteien gestanden haben.

- Das Comitato di Liberazione Nazionale (CLN) wurde von IKP und ISP sowie der Aktionspartei dominiert. Auf dieser Grundlage besaßen die Linksparteien auch ein Übergewicht in der nationalen Einheitsregierung. [4] Im Juni 1945 zwangen sie den Ministerpräsidenten Ivanhoe Bonomi von den Liberalen zum Rücktritt. Die Democrazia Cristiana (DC) lehnte den

von IKP und ISP vorgeschlagenen Sozialisten Pietro Nenni [5] ab und benannte stattdessen aus ihren Reihen Alcide De Gasperi [6], den ihrerseits die Linken nicht akzeptierten. Diese erreichten die Berufung des Aktionisten Ferruccio Parri. [7] Nach dessen Rücktritt im Dezember 1945 setzte die DC die Ernennung von De Gasperi durch.

- In den meisten Städten und Gemeinden Norditaliens, die von den Partisanen befreit worden waren, übten im Frühjahr 1945 die mehrheitlich aus Kommunisten und Sozialisten bestehenden Komitees des CLNAI die Macht aus und leiteten anti-imperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltungen ein. Im Süden hatten Landarbeiter, Tagelöhner und Halbpächter das Land der durchweg zu den Faschisten gehörenden Latifundistas besetzt. Die IKP hatte in der Einheitsregierung ein Dekret durchgesetzt, das die Inbesitznahmen legalisierte.

- Es standen weit über eine halbe Million Mann unter Waffen. In der gut organisierten 256.000 Kämpfer zählenden Partisanenarmee stellte die IKP mit ihren Garibaldi-Brigaden 155.000 Mann und hatte mit 42.000 von insgesamt 70.000 Gefallenen auch die meisten Opfer gebracht. Weitere 206.000 Partisanen, meist Kommunisten, waren in den örtlichen Gruppi di Azione Patriottica (GAP) organisiert. Ihnen hatten sich während des bewaffneten Aufstandes Zehntausende weitere Kämpfer angeschlossen. Alle Partisanenformationen bestanden zu 85 bis 90 Prozent aus Arbeitern und Bauern. [8] Sie bildeten den Kern einer kampffestgeschlossenen Basis.

Es ging um eine antiimperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltung

Der Krieg des Faschismus hatte in der Wirtschaft und im Leben der Menschen unermessliche Schäden angerichtet. Etwa zehn Prozent der Industrieanlagen und fast zwei Drittel der Infrastruktur waren zerstört, davon 40 Prozent des Eisenbahnnetzes und 60 Prozent der Straßen und Brücken sowie fast alle Transportmittel. Neben einem Großteil der Wohnungen lagen 40 Prozent aller öffentlichen Gebäude in Trümmern. Die landwirtschaftliche Produktion war um ein Drittel gesunken. Etwa zwei Millionen Menschen waren arbeitslos: frühere Soldaten, aus der Gefangenschaft oder der Internierung Heimkehrende und aus der Rüstungsindustrie Entlassene. Die Landwirtschaft zählte 600.000 Unterbeschäftigte.

In dem auf der Tagesordnung stehenden revolutionärem Prozess stand die IKP vor der Aufgabe, zusammen mit der ISP und im Bündnis mit bürgerlichen Schichten eine antifaschistische, antiimperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltung einzuleiten, um die politischen und sozialökonomischen Grundlagen des Faschismus zu beseitigen. Viele Gesichtspunkte sprachen dafür, dass die IKP über eine solche Umgestaltung als erster, antifaschistisch-demokratischer Etappe Grundlagen für eine spätere sozialistische Entwicklung hätte schaffen können. Dabei war von einem langfristigen Prozess auszugehen, in dessen Verlauf auch mit Stagnation und Rückschlägen gerechnet werden musste. Die angeführten Faktoren bo-

ten günstige Bedingungen, diesen Weg einzuschlagen.

Togliatti für den parlamentarischen Weg

Zu der Frage, wie eine antifaschistisch-demokratische Nachkriegsordnung zu gestalten war, gab es in der Führung der IKP keine einheitliche Meinung. Eine von Generalsekretär Palmiro Togliatti [9] angeführte Gruppe wollte das breite antifaschistische Bündnis mit den großbürgerlichen Kräften auch auf Regierungsebene weiterführen und setzte für antifaschistisch-demokratische Veränderungen auf den parlamentarischen Weg. Togliatti, der mit seiner hohen Autorität, die auch aus seiner führenden Rolle in der Komintern resultierte, diese Gruppe dominierte, setzte sich in der Nachkriegsphase in der Führung durch.

Für ein Bündnis mit der Democrazia Cristiana

Togliatti ging davon aus, dass es in der DC Kräfte gab, die antimonopolistischen Forderungen und der Enteignung des Großgrundbesitzes aufgeschlossen gegenüberstanden. In der DC formierte sich eine linke "Iniziativa Democratica", die für eine Erneuerung auf christlich-sozialer Grundlage eintrat. Ihr führender Vertreter wurde der spätere Ministerpräsident linker Zentrumsregierungen Aldo Moro. Zu ihr zählte auch der Chemieunternehmer Enrico Mattei, nach 1945 Präsident der staatlichen Energiegesellschaft ENI. Er hatte eine christdemokratische Partisanenbrigade kommandiert und gehörte zu den führenden ka-

tholischen Antifaschisten. [10] Auf diese Kreise und Beziehungen setzte Togliatti und versuchte, von dieser Kräftekonstellation ausgehend, die Zusammenarbeit mit der DC zu vertiefen und zu einer Übereinkunft ähnlich dem Aktionseinheitsabkommen mit den Sozialisten zu kommen. [11] Die Gruppierung um die "Iniziativa Democratica" konnte sich jedoch in der DC nicht durchsetzen. [12] Sie wich vor dem Druck des Vatikans, der ihre Haltung scharf kritisierte, zurück.

Hier sei zunächst an Gramscis Grundsatz erinnert, dass die IKP gegenüber den bürgerlichen Bündnispartnern des "Historischen Blocks" Zugeständnisse machen müsse, dass diese aber nicht "das Wesentliche", nämlich "die entscheidende Rolle" der "führenden Kraft", betreffen dürfen, d. h. deren Orientierung auf die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Herstellung einer sozialistischen Ordnung. Eine entsprechende Klarstellung in dieser Deutlichkeit seitens der IKP fehlte bereits in der Resistenza und ebenso in ihrer unmittelbaren Nachkriegsstrategie.

Ihr "Aufruf an das italienische Volk" vom September 1943 konnte zunächst in dieser Hinsicht interpretiert werden. Es hieß darin: "Die Arbeiterklasse wird die Hauptkraft sein, die das italienische Volk zum Kampf führt, um für immer die Macht der imperialistischen Kräfte, die für den räuberischen Krieg und den Ruin der Nation verantwortlich sind, zu brechen. Deshalb darf die Demokratie, die wir meinen, den rechten Kräften nicht noch einmal erlauben, sich in ihr wieder breit zu

machen." Es wurde betont, dass diese Demokratie "eine Volksdemokratie" sein müsse, die sich auf die Massen stützt und in der "die Arbeiterklasse ihre Avantgarde und sichere Führung" bildet. [13] Der Begriff der Volksdemokratie tauchte in den späteren Dokumenten der IKP aber nicht mehr auf. Offensichtlich um einen Vergleich mit der Entwicklung in den Ländern Osteuropas, wo die Volksdemokratie als eine Etappe des Übergangs zum Sozialismus gesehen wurde, zu vermeiden. [14]

Togliatti orientierte sich hier zweifelsohne an der Weisung Stalins, der nach dem faschistischen Überfall auf die UdSSR die Parteien der Komintern mit Blick auf die Schaffung einer Antihitlerkoalition angewiesen hatte: "Die Frage der sozialistischen Revolution ist nicht aufzuwerfen." [15]

Longo für eine klare sozialistische Orientierung

Eine zweite Gruppe mit Luigi Longo, in der Partisanenarmee einer der beiden Oberbefehlshaber (der andere war Sandro Pertini [16] von der ISP), und dem nach ihm für Militärfragen zuständigen Pietro Secchia an der Spitze, die vor allem die Partisanen repräsentierte, trat zwar ebenfalls für zunächst antifaschistisch-demokratische Veränderungen ein, forderte jedoch eine darüber hinausweisende klare sozialistische Orientierung, die durch revolutionäre Massenaktionen zu untersetzen sei. Diese Strömung wurde auch als radikaler oder linker Flügel bezeichnet. Sie hatte starke Positionen im Parteivorstand von Mailand, aber auch dem von Tu-

rin (Sitz der FIAT-Zentrale) und Genua.

Zu den strittigen Fragen äußerte sich Longo auf einem Kongress der Provinzorganisation von Rom im Oktober 1945. Zur Fortsetzung der "Politik der nationalen Einheit auch im Frieden" verwies er warnend auf "die Spaltungsversuche der konservativen und reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb Italiens", welche die "Errichtung einer fortgeschrittenen Demokratie zu stören und unmöglich zu machen" suchten. Das kam insbesondere in der Weigerung der Liberalen und der Christdemokraten zum Ausdruck, Vertreter der starken Massenorganisationen der IKP (Frauen, Jugend), aber auch der Einheitsgewerkschaft CGIL in die CLN-Organen aufzunehmen.

"Gegen die Reaktion marschieren"

Im deutlichen Gegensatz zu Togliatti forderte Longo, zur "Fortsetzung und Festigung der nationalen Einheit" genau zu präzisieren, "mit wem und gegen wen". "Wir wollen mit den Arbeitern, den Bauern, den Angestellten, Technikern, Freiberuflern, Intellektuellen, mit den Rentnern, den Heimkehrern, den Jugendlichen, den Frauen marschieren, mit einem Wort, mit allen, die arbeiten, die leiden, mit denen, die ein weniger stiefmütterliches Italien und eine bessere Menschheit erhoffen." Longo forderte, gegen "alle faschistischen Überbleibsel" vorzugehen, gegen "die Magnaten der Industrie, der Finanz und des Großgrundbesitzes". Wir müssen "gegen die Reaktion marschieren, die sich um die Monar-

chie gesammelt hat". Zu der an der Parteibasis heftig diskutierten Frage, ob die IKP "auf den Sozialismus verzichtet" habe, sagte Longo "nicht im Traum", womit er eindeutig die Notwendigkeit einer klaren sozialistischen Perspektive betonte. In offensichtlicher Berücksichtigung, dass sich die revolutionäre Situation im Oktober 1945 ihrem Ende zuneigte, verwies er nunmehr darauf, dass dafür jetzt die nationalen und internationalen Voraussetzungen "nicht gegeben" seien und man von der eingetretenen "Realität der italienischen Verhältnisse ausgehen" müsse. [17]

Togliatti vermied es zwar generell, eine sozialistische Perspektive zu benennen, trat jedoch für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung ein, die das Eigentum des Großkapitals und der Großagrarien durch Nationalisierungen und eine Agrarreform beschneiden sollte. Der kommunistische Finanzminister Mauro Scoccimarro verlangte eine sofortige Währungsreform, eine progressive Besteuerung der Vermögen und eine außerordentliche Besteuerung der Kriegs- und Spekulationsgewinne. Die Lasten des Wiederaufbaus sollten so primär den besitzenden Klassen, die sich unter dem Faschismus größtenteils bereichert hatten, auferlegt werden. Vermögenszuwachs aus den Kriegsjahren sollte, soweit er nicht aus Erbschaften oder aus Gewinnen vorher bestehender Vermögen stammte, stark progressiv besteuert, Summen über 75 Mio Lire sollten vollständig konfisziert werden; ebenso alle Reichtümer, die auf Funktionen innerhalb des faschistischen Regimes oder im

Dienste der Deutschen zurückzuführen waren. [18]

Aus Verbündeten im Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland wurden Gegner

Unter dem Druck führender Kapitalkreise und des Königshauses lehnten die Rechtskräfte in der DC wie auch die Liberalen die Forderungen der Arbeiterparteien ab. Diese Kreise wie auch Monarchisten, die im nationalen Befreiungskrieg Verbündete gewesen waren, wurden in der neuen Etappe Gegner. Sie suchten von Anfang an die Unterstützung der US-amerikanischen Besatzungsmacht. DC und Liberale verlangten bereits Anfang Mai 1945 von der Besatzungsmacht als wichtigsten Schritt, um IKP und ISP zu bremsen, die Entwaffnung der Partisanenarmee. [19] Damit sollte vor allem den örtlichen und regionalen Befreiungskomitees, die in Norditalien die faktischen Machtorgane waren, ihre wichtigste Stütze genommen werden.

Ein Kongress der regionalen CLN des Nordens hatte gefordert, dass die Regierung sich bis zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung bei der Ausübung gesetzgeberischer Gewalt auf das Befreiungskomitee stützen müsse. Dabei konnten sich die Kommunisten und Sozialisten auf eine Entscheidung des CLN berufen, das festgelegt hatte, dass seine Verwaltungen "eine Vorform der Regierung von morgen" darstellten, unter der es "kein reaktionäres Regime und keine lahme Demokratie geben" dürfe, sondern dass das "politische, soziale und ökonomische System echt, effektiv und demokratisch

sein" müsse. [20] Auf einem Kongress der regionalen Organe des CLN des Nordens hatte Pietro Secchia, neben Luigi Longo militärischer Leiter der IKP, die Einhaltung dieses Beschlusses eingefordert und betont, dass die entscheidenden legislativen Machtorgane bis zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung das CLN und seine Organe sein müssten. [21] Die Tagung schloss sich dieser Forderung an. Die IKP-Führung unternahm aber nichts, um diesen Grundsatz zu wahren.

Auch wenn vermieden wurde, klar eine sozialistische Perspektive zu benennen, gab es dazwischen Erklärungen bzw. Beschlüsse, die einer solchen Orientierung entsprechen konnten. So beschloss das Zentralkomitee im Juli 1945, "eine Demokratische Republik der Arbeiter zu schaffen, durch eine Agrarreform die feudalen Überbleibsel auf dem Lande zu beseitigen, mit einer Industriereform die politische Vorherrschaft der Industrie- und Bankenmonopole zu eliminieren, den alten reaktionären, bürokratisch bestimmten Staat zu zerstören und einen neuen Staat des Volkes zu schaffen, in dem der Faschismus nie wieder auferstehen kann und das Volk Herr seines Schicksals sein wird." [22] Der 5. Parteitag im Januar 1946 bekräftigte, als Voraussetzung einer Industrie- und Agrarreform "jene Gruppen aus der Leitung des Wirtschaftslebens auszuschließen, die uns schon einmal, als sie den Faschismus aus der Wiege hoben, zum Ruin führten und noch heute unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hemmen." [23] In den Dokumenten ist schwer zu analysieren,

ob solche Beschlüsse auf das Drängen des linken Flügels zurückgingen oder ob es sich darum handelte, ihn und die Parteibasis zu beschwichtigen. Wahrscheinlich spielte beides eine Rolle.

Vereinigung IKP-ISP scheiterte

Mit der ISP stimmte die IKP in diesen Fragen weitgehend überein. Es gab jedoch auch in der ISP einen radikalen Flügel, der darauf drängte, klare sozialistische Forderungen zu stellen. Am 28. September 1943 hatten beide Arbeiterparteien das Aktionseinheitsabkommen ein weiteres Mal erneuert und ein ständiges Komitee zur Koordinierung des gemeinsamen Kampfes gebildet. [24] Vor Beginn des bewaffneten Aufstandes im April 1945 schlug Togliatti Nenni eine Vereinigung beider Arbeiterparteien vor. Er betonte, der "Aufbau eines demokratischen und fortschrittlichen Italiens" erfordere, dass "die Arbeiterklasse all ihre Kräfte vereint", um den reaktionären und konservativen Kräften "den festen und untrennbaren Block der Arbeiterklasse" entgegenzustellen. [25] Es ist anzunehmen, dass Togliatti sich bei der Vereinigungsinitiative auch davon leiten ließ, seiner Konzeption eines parlamentarischen Weges größeren Rückhalt zu verschaffen. Andererseits war zu sehen, dass es sich bei der ISP um eine sozialdemokratisch-sozialistische Partei handelte, die sich nie mit ihren reformistischen Tendenzen auseinandergesetzt hatte. Es bleibt jedoch spekulativ, wie sich das auf die IKP ausgewirkt hätte, denn die Vereinigungsaktivitäten kamen nicht voran. Sie beschränkten sich auf die Bestätigung des Aktionsein-

heitsabkommens im Oktober 1946, in dem der Aufbau eines "antimonopolistischen Italien" und dazu das einheitliche Handeln auf Regierungs-, Parlaments- und kommunaler Ebene sowie die Stärkung der Einheit der Gewerkschaften und der Massenorganisationen vereinbart wurden. [26]

Saragats Sozialdemokratische Spalterpartei

Das Vereinigungsvorhaben scheiterte an der Ablehnung des rechten ISP-Flügels, der sich bereits unmittelbar nach Kriegsende zu formieren begann. Als dieser sich gegenüber den in der Partei vorherrschenden linken Kräften nicht durchsetzen konnte, spaltete er sich unter Giuseppe Saragat im Januar 1947 von der ISP ab und bildete die Italienische Sozialdemokratische Partei (ISDP). [27]

Die Krim-Konferenz der Alliierten

Togliatti berücksichtige in seiner Nachkriegsstrategie die Ziele, die Stalin verfolgte. Der UdSSR ging es, ausgehend von der Erklärung der Krim-Konferenz [28] "Einigkeit im Frieden wie im Krieg", vordergründig um die Erhaltung der Antihitlerkoalition in der Nachkriegsphase. [29] Dieses Ziel sollte/wollte Togliatti durch die Fortsetzung des im Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland geschlossenen Bündnisses mit den großbürgerlichen Parteien, vor allem mit der Democrazia Cristiana, auch für antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen innenpolitisch flankieren. Die seit April 1944 erreichten Ergebnisse meinte Togliatti durch

den Verzicht auf zu revolutionäre Forderungen sichern zu können. Bei der weiteren Verfolgung dieses Regierungsbündnisses war es von Anfang an fraglich, ob mit den großbürgerlichen Parteien antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen, die einen anti-imperialistischen Inhalt erhalten mussten, möglich sein würden.

Das 1944 gebildete Regierungsbündnis war von der IKP gewissermaßen als jener Bloco storico gesehen worden, der in Gramscis Bündnispolitik einen zentralen Stellenwert einnahm, allerdings mit dem Einschluss monarchistischer und großbürgerlicher Kreise in weit größeren Dimensionen, als sein theoretischer Begründer seinerzeit konzipiert hatte. Wenn Togliatti jedoch versuchte, nach dem Sieg über den Faschismus in der Bündnispolitik an 1944 anzuknüpfen, wurden entscheidende Aspekte der konkreten historischen Situation übersehen. In Salerno war eine Allianz entstanden, die sich in erster Linie gegen die deutschen Okkupanten richtete, für welche die Faschisten der Salò-Republik Mussolinis nur noch Erfüllungsgehilfen waren. Es war die Stoßrichtung gegen Hitlerdeutschland, welche die "Wende von Salerno" ermöglichte. Die IKP hatte den Charakter des Kabinetts zunächst auch ganz gezielt als "Governo Nazionale democratico di Guerra" (National-demokratische Kriegsregierung) hervorgehoben. [30] Diese Einheitsregierung, die mit dem Eintritt der antifaschistischen Oppositionsparteien begründet wurde, war eine konkrete Widerspiegelung der Antihitlerkoalition. Als das Ziel des Kampfes gegen Hitlerdeutschland mit dem Sieg über

den Faschismus wegfiel, verlor das Bündnis seinen wesentlichen Inhalt und zerfiel. Nicht zuletzt auch, weil die Antihitlerkoalition im Frühjahr 1946 ebenfalls auseinanderbrach. [31]

Die Ergebnisse von Jalta waren auch unter dem Gesichtspunkt zustande gekommen, dass die Antihitlerkoalition mit der Hilfe, die die UdSSR den USA und Großbritannien bei der Abwehr der Ardennenoffensive der Wehrmacht gegeben hatte, noch einmal eine Hochzeit erlebte. Diese Ende Dezember 1944/Anfang Januar 1945 von der Wehrmacht begonnene Offensive brachte die amerikanisch-britischen Truppen im Westen in eine kritische Lage. [32] Churchill räumte ein, "wie bedenklich die Lage ist" und dass "man die Initiative verloren hat". Am 6. Januar 1945 wandte er sich an Stalin persönlich und bat um eine Entlastungsoffensive im Osten. Dieser sagte am 9. Januar zu, die geplanten Angriffshandlungen der Roten Armee vorzuziehen und antwortete: "Zweifeln Sie nicht daran, dass wir alles nur Mögliche tun werden, um die ruhmreichen Truppen unserer Verbündeten zu unterstützen". Bereits am 12. Januar begannen 150 sowjetische Divisionen auf einer Frontbreite von der Ostsee bis zu den Karpaten ihre Offensive. Das Oberkommando der Wehrmacht musste zwei Panzerarmeen von der Westfront abziehen. Die Ardennenoffensive brach zusammen. Churchill telegraphierte an Stalin: "Im Namen der Regierung Ihrer Majestät und persönlich von ganzem Herzen sage ich Ihnen für den gewaltigen Angriff, den Sie an der Ostfront begonnen haben, unseren Dank und Glückwunsch." [33]

Ein weiterer Faktor, der für den Zusammenhalt der Antihitlerkoalition sprach, war, dass der Krieg gegen Japan noch nicht beendet war. Den westlichen Alliierten fehlten Landstreitkräfte in genügender Zahl, um Japan definitiv niederzuwerfen. Nachdrücklich forderten Roosevelt und Churchill deshalb den Kriegseintritt der UdSSR gegen Japan. Zum Sieg über Japan leistete die am 9. August eröffnete sowjetische Fernostoffensive, in deren Verlauf die rund eine Million starke Kwantung-Armee zerschlagen wurde, einen beträchtlichen Beitrag.

Der Atombombenabwurf auf Hiroshima bzw. Nagasaki

Der Abwurf der zwei Atombomben am 6. und 9. August 1945 auf Hiroshima bzw. Nagasaki durch die USA wirkte sich grundlegend auf die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, so auch in Italien und die dort von den unterschiedlichen Kräften in der IKP verfolgte Politik aus. Er war das Vorspiel zur Eröffnung des Kalten Krieges gegen die UdSSR, den in einen "heißen" Krieg umzuwandeln, Washington und London jederzeit bereit waren. Für Churchill und die reaktionär eingestellte Umgebung Roosevelts war "Sowjetrußland zu einer tödlichen Gefahr" geworden. Seit Anfang 1945 führten diese Gruppen "nicht mehr den Kampf um einen dauerhaften Frieden, den man den Völkern versprochen hatte, sondern in erster Linie um die günstigen Ausgangspositionen für eine künftige Einkreisung der UdSSR". [34] In Italien verfolgten die angloamerikanischen Alliierten dieses Ziel

mit rigorosen Maßnahmen zur Verhinderung einer durch Kommunisten, Sozialisten und Aktionisten initiierten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Die UdSSR war durch vier Jahre Krieg und ihre ungeheuren Verluste ausgeblutet und musste sich auf die Herstellung des militärischen Gleichgewichts (atomares Patt) konzentrieren. Sie wäre in dieser Situation nicht in der Lage gewesen, einer militärischen Auseinandersetzung der revolutionären Linken mit der Besatzungsmacht die Unterstützung zu geben, ohne die sie keinen erfolgversprechenden Kampf hätte führen können. Bereits im Mai griff die alliierte Militärregierung mit der Entwaffnung der Partisanen rigoros in die Gestaltung der Nachkriegsordnung ein.

Togliattis Hoffnung auf De Gasperi

Gegen die von Togliatti gewählte Priorität eines parlamentarischen Weges, kombiniert mit Massenmobilisierungen zur Durchsetzung revolutionär-demokratischer, wohlgemerkt noch nicht sozialistischer, Veränderungen wäre nichts einzuwenden gewesen. Um die Zusammenarbeit in der Regierung zu sichern, machte Togliatti jedoch Schritt um Schritt Zugeständnisse, von denen er hoffte, sie würden von den Partnern honoriert.

Hier hatte Togliatti große Hoffnungen auf De Gasperi gesetzt. Wie Domenico Losurdo [35] schrieb, hob dieser in seiner Haltung zur UdSSR zwar die Opfer an Menschenleben unter der Herrschaft Stalins hervor, äußer-

te sich aber dennoch grundsätzlich positiv über das "große ökonomische Unternehmen" der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung, die sich angesichts der in "Mein Kampf aufgezeigten Bedrohung" als notwendig erwiesen habe. Zu den Moskauer Prozessen unterstrich De Gasperi unter Berufung auf "objektive amerikanische Informationen" die Glaubwürdigkeit der Anklage. Im Juli 1944 würdigte er die heroischen Taten der Roten Armee im Kampf gegen die Hitlerwehrmacht als "das unvergessliche historische, jahrhundertelange Verdienst der von Josef Stalin organisierten Heere". [36] Der italienische Schriftsteller und Journalist Giorgio Bocca schrieb, das Verhältnis zwischen Togliatti und De Gasperi während der Resistenza sei "besonders gut gewesen" und habe "auf gegenseitiger Wertschätzung beruht". [37]

Dafür sprach auch die Rede, die De Gasperi zum Ausschluss der Kommunisten und Sozialisten im Mai 1947 aus der Regierung hielt, in der er sich nachgerade bei ihnen dafür entschuldigte und zu verstehen gab, dass dieser Schritt unter dem Druck der USA als "vierter Partei" geschah. Er stellte fest: "Außer unseren Parteien gibt es in Italien eine vierte Partei, die ohne viele Wähler auskommt, jedoch in der Lage ist, jede Anstrengung, die wir unternehmen, zu lähmen und vergeblich zu machen, indem sie die Kreditsabotage und die Kapitalflucht organisiert, die Preissteigerungen und die Skandalkampagnen. Die Erfahrung hat mich davon überzeugt, dass man Italien heute nicht regieren kann, ohne in der einen oder anderen Form die

Repräsentanten dieser vierten Partei, die über das Geld und die ökonomische Macht verfügt, in die Regierung einzubeziehen." [38] Bereits vor dieser Rede, die er am 31. Mai 1947 vor der Abgeordnetenversammlung hielt, hatte er am 5. Mai Nenni und Togliatti empfangen und ihnen die Lage erläutert. [39] In der "Unità" veröffentlichte Togliatti am 20. Juli einen Beitrag, in dem er sich zu dem aus Washington ausgeübten Druck auf die italienische Politik äußerte und die antikommunistischen Angriffe des früheren US-amerikanischen Außenministers Sumner Welles scharf verurteilte.

So stimmte Togliatti auch der Entwaffnung und Auflösung aller Partisanenverbände zu, ebenso der Amtsenthebung der örtlichen Befreiungskomitees als Regierungsorgane. Das bedeutete, dass die eingeleiteten revolutionär-demokratischen Prozesse gestoppt und generell rückgängig gemacht wurden. Es fehlte eine Mobilisierung der Basis der Partei und der Linken überhaupt, um den parlamentarischen Weg mit revolutionären Massenaktionen zu begleiten und der äußeren und inneren Reaktion zu begegnen. Die gemachten Zugeständnisse wurden im Gegenteil in ihrer vollen Tragweite verschwiegen oder verharmlost. Bereits im Mai/Juni 1945 wurde diese Haltung von der Basis als Zurückweichen kritisiert, was Finanzminister Mauro Scoccimarro in der "Rinascita", der theoretischen Zeitschrift der IKP, Nr. 5/6-1945 zurückwies.

Schwerwiegende Zugeständnisse

Die Zugeständnisse gingen so weit, dass Togliatti im Juni 1945

als Justizminister der Forderung nach Auflösung des "Hohen Kommissariats zur Verfolgung der Regimeverbrecher" und einer folgenden sogenannten Amnestie der "nationalen Versöhnung" hinahm. Mit dem Amnestiegesetz fanden die, wenn auch begrenzten Säuberungen im öffentlichen Dienst, ein überstürztes Ende. Von etwa 20.000 bis 30.000 von ordentlichen Gerichten durchgeführten oder eingeleiteten Verfahren wurden die meisten eingestellt, über 11.000 bereits ergangene Urteile aufgehoben oder Begnadigungen gewährt. Zu den Freigelassenen gehörte beispielsweise der Chef der berüchtigten 10. Torpedoboot-Flotille, Fürst Valerio Borghese, der wegen wenigstens 800fachen Mordes als Kriegsverbrecher verurteilt worden war. Gegenüber kleinen Parteilägern des Mussoliniregimes mochte eine "nationale Versöhnung" gerechtfertigt sein, sofern sie sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hatten. Wenn aber an den von der IKP in Rom und anderen Städten dazu veranstalteten Kundgebungen höchste Amtsträger des Faschismus wie der ehemalige Minister der Salò-Republik Ezio Maria Gray teilnahmen, verunsicherte das nicht nur die Basis der IKP, sondern die zur Resistenza stehenden Kräfte insgesamt. Denn Gray blieb wie viele Faschisten der ersten Garnitur unbelehrbar und trat sofort nach deren Gründung der faschistischen Sozialbewegung MSI im Dezember 1946 bei.

Dabei hatte der diesbezügliche Erlass festgelegt, dass Faschisten, die "wichtige öffentliche, politische oder militärische Führungsfunktionen" innegehabt hatten, von der Amnestie auszuschließen

waren. Nach den Prozessakten jener Jahre, schrieb der kommunistische Jurist und Verfolgte des Faschismus Alberto Malagugini, "hat jedoch kein Faschist je wichtige politische oder öffentliche Funktionen ausgeübt, selbst die Minister der Sozialen Republik nicht." [40]

Wiedererstehen des Faschismus unterschätzt

Togliattis Zustimmung zur Auflösung des Hohen Kommissariats und zur Versöhnungsamnestie begünstigte im August 1945 die Bildung der faschistischen Sammlungs-Bewegung Uomo Qualunque (Jedermann) und die aus ihr im Dezember 1946 hervorgehende Wiedergründung der Mussolinipartei in Gestalt der Sozialbewegung MSI (Movimento Sociale Italiano).

Beschämend war Togliattis Haltung in Mailand, wo er am 17. Mai 1945 eintraf und "von einer Stadt in roten Farben empfangen (wurde), in der bewaffnete Partisanen noch immer die Fabriken und Kasernen besetzt" hielten. Am nächsten Tag wollte Togliatti vor den Einwohnern sprechen, wozu er beim US-Kommando um eine Redeerlaubnis ersuchte, die ihm verweigert wurde. Er zeigte sich nur am Fenster des Parteisitzes und winkte der riesigen Menge zu, die sich auf dem Platz versammelt hatte. Er sagte nur einen Satz: "Wir verstehen uns ohnehin, auch ohne zu sprechen." [41] Im Gegensatz zu Togliatti hielt Pietro Nenni sich nicht an dieses Verbot und hielt vor Arbeitern in Vercelli eine Rede. Er wurde kurzzeitig verhaftet, nach energischen Protesten jedoch wieder freigelassen. [42]

IKP ohne Programm

Am 19. Mai sprach Togliatti dann in einer geschlossenen Versammlung des Mailänder Partei-Sekretariats. Er erklärte, dass die Aufgabe der nationalen Befreiung im Wesentlichen, aber noch nicht vollständig erfüllt sei, weil das Land noch nicht seine volle Unabhängigkeit erlangt habe. Es sei eine neue Etappe des Kampfes angebrochen, deren Aufgaben ein Kongress der Partei festlegen werde. Folgt man diesen Ausführungen, dann muss man davon ausgehen, dass die Partei kein Programm über die nach dem Sieg über den Faschismus in Angriff zu nehmenden revolutionär-demokratischen Aufgaben besaß. Der angesprochene 5. Parteitag fand erst vom 29. Dezember 1945 bis zum 5. Januar 1946 statt, als die Würfel zu den anstehenden brennenden Fragen längst gefallen waren. Er forderte, "jene Gruppen aus der Leitung des Wirtschaftslebens auszuschließen, die uns schon einmal, als sie den Faschismus aus der Wiege hoben, zum Ruin führten und noch heute unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hemmen." [43] Die sozialistische Perspektive wurde lediglich in Diskussionsbeiträgen benannt.

Fehler eingeräumt

Togliatti räumte im Oktober 1946 auf einer Organisationskonferenz in Florenz Versäumnisse ein. Es habe "keine Mobilisierung der Partei" gegeben" und es hätte bei der schwierigen Arbeit in der Regierung sicher weniger Kompromisse gegeben, wenn "von der Basis" her Druck ausgeübt wor-

den wäre. Die nach dem Sieg der Resistenza vorhandene günstige Ausgangssituation sei "im Grunde genommen nicht genutzt" worden. Dabei verschwieg Togliatti, dass von Longo und der Basis mehrfach die Mobilisierung der Massen angemahnt worden war. Der Bericht wurde nur parteiintern behandelt und nicht publik gemacht. Erst 1972 wurde er in der theoretischen Zeitschrift der Partei "Rinascita" veröffentlicht. Pietro Secchia und Filippo Frascari sprachen in ihrer "Geschichte der Resistenza" von einer "fehlenden Revolution" und dem "Kontrast zwischen den Idealen der Resistenza und den verfolgten demokratischen Zielen".

Anmerkungen:

[1] Partito d'Azione, kleinbürgerliche radikal-demokratische Partei.

[2] Das Thema ist, wie im Weiteren angeführte Quellen ausweisen, bis heute unter Historikern umstritten.

[3] Palmiro Togliatti: Il Partito Comunista Italiano, Rom 1961, S. 81.

[4] Im April 1944 mit dem Eintritt der CLN-Parteien in die nach dem Sturz Mussolinis vom König Vittorio Emanuele III. unter Marschall Pietro Badoglio gebildete Regierung, die mit der Kriegserklärung an Hitlerdeutschland der Antihitlerkoalition beigetreten war. Ausgenommen waren die Republikaner, die das als unvereinbar mit ihrer antimonarchistischen Position erklärten, aber im CLN verblieben.

[5] Pietro Nenni, 1891-1980. Unterzeichnete als Generalsekretär 1934 gegen die Linie der Sozialistischen Internationale mit Luigi Longo das Aktionseinheitsabkommen. In Spanien Politikkommissar der XII. Inter-

nationalen Garibaldi-Brigade. Von 1945 bis zum Ausschluss von ISP und IKP aus der Regierung Vizepremier. 1963 bis 1968 unter Aldo Moro Vizepremier der Mitte-Links-Regierung. Ab 1970 Senator auf Lebenszeit.

[6] Alcide De Gasperi, 1891-1954. Nahm als Christdemokrat aktiv am antifaschistischen Widerstand teil, wurde zu mehrjähriger Kerkerhaft verurteilt, nach deren Verbüßung weiter aktiv im Widerstand. An der Spitze oppositioneller Katholiken der 1926 aufgelösten Volkspartei leitete er nach dem Sturz Mussolinis 1943 deren Wiedergründung in Gestalt der Democrazia Cristiana. Auf Geheiß der USA verjagte er 1947 Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung, setzte die kapitalistische Restauration und den Beitritt zur NATO durch. Nach Wahlniederlage der DC 1953 Rücktritt.

[7] Ferruccio Parri, 1890-1981. Mitbegründer und Führer der Aktionspartei, Teilnehmer der Resistenza, Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees von Oberitalien (CLNAI). Ministerpräsident der antifaschistischen Einheitsregierung von Juni bis Dezember 1945. Er war ein mit Kommunisten und Sozialisten eng verbundener kleinbürgerlicher radikaler Demokrat.

[8] Luigi Longo: Viva L'Italia libera, Berlin/DDR 1963, S. 285.

[9] Palmiro Togliatti, 1893-1964. Mitbegründer der IKP, seit Gramscis Verhaftung 1926 Generalsekretär, nach Gramscis Tod 1937 im Amt bestätigt. An der Seite Georgi Dimitroffs seit 1934 zweiter Mann an der Spitze der Kommunistischen Internationale (Komintern). Erarbeitete auf der Grundlage der von Gramsci ausgearbeiteten nationalen Strategie die Konzeption des Eintritts der IKP zusammen mit den antifaschistischen Oppositionsparteien in die Regierung von Marschall Badoglio

("Wende von Salerno" im April 1944). Von 1944 bis 1947 Justizminister. Bei einem faschistischen Attentat im Juli 1948 schwer verletzt. Trat nach dem XX. Parteitag der KPdSU unter Chruschtschow für eine kritische Auseinandersetzung mit der "bürokratischen Degeneration der sowjetischen Gesellschaft" und gegen den Führungsanspruch der KPdSU aus. In einem für Chruschtschow bestimmten Memorandum legte er unmittelbar vor seinem Tod Gedanken zur "Einheit der kommunistischen Bewegung (...) in der Vielfalt" dar.

[10] Mattei und Moro fielen als Exponenten einer Regierungszusammenarbeit mit den Kommunisten 1962 bzw. 1978 von der CIA inszenierten Mordanschlägen zum Opfer.

[11] Leo Valiani: u. a.: Azionisti, Cattolici e Comunisti nella Resistenza, Mailand 1974, S. 428 ff.

[12] In seiner Schrift "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" hatte Lenin in bezug auf die Nutzung des bürgerlichen Parlamentarismus für die Verteidigung der Interessen der Werktätigen gewarnt, dessen "historische Beschränktheit und Bedingtheit" nicht zu vergessen. Werke, Bd. 28, Berlin/DDR 1959, S. 244.

[13] Per la Libertà e L'Indipendenza d'Italia, Rom 1945, S. 193.

[14] Luigi Longo: Sulla Via dell'Insurrezioine nazionale, Rom 1971, S. 262.

[15] Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943, Berlin 2000, S. 393.

[16] Alessandro (Sandro) Pertini, 1896-1988. Führender Sozialist, aktiver Antifaschist, 1929 verhaftet, zu Kerker und Verbannung verurteilt, nach Sturz Mussolinis 1943 befreit. Danach führender Vertreter des CLN, mit Longo einer der beiden

Stellvertretenden Befehlshaber der Partisanenarmee, 1968-1976 Staatspräsident.

[17] Luigi Longo: Per la Democrazia e la Costituente. Ohne Jahresangabe, Gramsci-Institut Rom.

[18] Ricostruire, Resoconto del Congresso economico del PCI, Rom 1948, S. 94 ff.

[19] Marcella e Maurizio Ferrera: Cronache di Vita italiana 1944-1958, Rom 1960, S. 71.

[20] La Politica dei Comunisti dal V. al VI. Congresso, S. 91.

[21] Pietro Secchia: Gli Organi del Potere popolare, in: Longo: Sulla Via dell'Insurrezioine nazionale, S. 225.

[22] Il Comunismo italiano nella seconda Guerra mondiale, Rom 1963, S. 340.

[23] Palmiro Togliatti: La Via italiana al Socialismo, Rom 1972, S. 252.

[24] "La nostra Lotta" (Zeitschrift der IKP), Nr. 5, Dez. 1943.

[25] Hier fand wahrscheinlich auch die von der KPdSU ausgehende Orientierung für die Kommunistischen und Arbeiterparteien in den Ländern des späteren Ostblocks einen Niederschlag, wo sich, so beispielsweise in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im April 1946, KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigten.

[26] La Politica dei Comunisti, dal V. al VI. Cngresso, ohne Jahresangabe, Gramsci-Institut, Rom, S. 135 ff.

[27] Italienische Sozialdemokratische Partei (Partito Socialista Democratico Italiano). Nannte sich bis 1952 Partito Socialista dei Lavoratori Italiani.

[28] Auch Konferenz von Jalta, Treffen der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 4. bis 11. Februar 1945 über die Grundsätze der Nachkriegsordnung, darunter Deutschlands, sowie die Bildung der "Vereinten Nationen". Zu Europa legte sie fest, "die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach freier Wahl zu schaffen". Siehe A. A. Gromyko: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917-1945. Berlin/DDR 1969, S. 519 ff.

[29] Stalin ging es, wie generell von westlicher Seite unterstellt, nicht um weltweite revolutionäre Ziele, sondern um die Sicherung des erreichten Einflussbereiches auf der Grundlage der Fortsetzung einer einvernehmlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten. Siehe Falin, bes. S. 261 ff.

[30] "La nostra Lotta", Nr. 10, Juni 1944.

[31] Falin, passim.

[32] Nach Angaben der britischen und US-amerikanischen Aufklärung wollte die Wehrmacht die erste amerikanische Armee vernichten, auf Antwerpen vorrücken, drei alliierte Armeen abschneiden und den Anglo-Amerikanern eine Niederlage ähnlich wie 1940 bei Dünkirchen bereiten. Politisch-strategisches Ziel war, die westlichen Alliierten separaten Kapitulationsverhandlungen gefügig zu machen, während der Krieg gegen die UdSSR weitergehen sollte.

[33] Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945. Berlin/DDR 1961, S. 369.

[34] Falin, S. 460.

[35] Bedeutender kommunistischer Philosoph. Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität von

Urbino, Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken, Mitglied der Leibnitz-Sozietät. Zusammen mit dem 2011 verstorbenen Hans Heinz Holz Herausgeber der philosophischen Halbjahresschrift "Topos". 2018 verstorben.

[36] "Scheitern", "Verrat", "Lernprozess", in: Zur Hypothek des kommunistischen Erbes. Pankower Vorträge, Heft 47, Berlin 2003, S. 41 f. Zu De Gasperi siehe auch Ennio Di Nolfo: "Von Mussolini zu De Gasperi", bes. S. 193 ff.

[37] Giorgio Bocca, Palmiro Togliatti. Rom/Bari 1973, S. 445 ff.

[38] Sophie G. Alf: Leitfaden Italien. Vom antifaschistischen Kampf zum Historischen Kompromiß. Berlin 1977, S. 84 f.

[39] I Giorni della storia d'Italia. Dal Risorgimento a oggi Novara 1997, S. 528 f.

[40] Italia. 1945-1975. Fascismo. Antifascismo. Resistenza. Rinascimento. Mailand 1975, S. 427.

[41] Giorgio Bocca: Palmiro Togliatti, Rom/Bari 1973, S. 384 f.

[42] Enzo Piscitelli: Da Parri a De Gasperi. Storia del Dopoguerra 1945-1948, Mailand 1975, S. 47.

[43] Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, S. 252.

[44] Togliatti: Rede auf der Organisationskonferenz in Florenz, 5. bis 6. Oktober 1946, "Rinascita", Nr. 33/1972.

[45] Frassati war Kommandant einer Garibaldi-Brigade, später leitender Mitarbeiter des Gramsci-Instituts und Professor für Militärgeschichte der Resistenza an der Universität von Pisa.

[46] Pietro Secchia/Filippo Frassati: Storia della Resistenza, Rom 1965, Bd. I, S. XIV.

*

Quelle:

© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0219.html>

Kooperationspartner



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.dee>



Pressenza

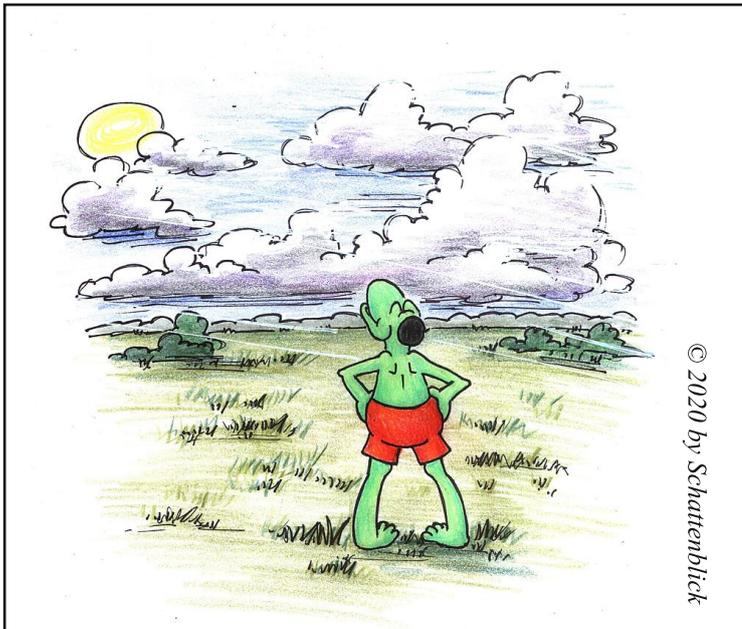
Kooperationspartner von Schattenblick
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

- 1 BÜRGER UND GESELLSCHAFT - FAKTEN: "Silent Demo" gegen Rassismus Berlin (Pressenza)
- 2 BÜRGER UND GESELLSCHAFT: Der militärische Einsatz der Schweiz im Kosovo muss beendet werden (Pressenza)
- 3 BÜRGER UND GESELLSCHAFT - MEINUNGEN: Völlig inakzeptabel - Wiederaufnahme von Atomtests (Pressenza)
- 5 POLITIK - KOMMENTAR: "Die Erdzerstörer" - Gründe und Abgründe ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Waffen und ihr endloser Markt ...
- 10 POLITIK - AUSLAND: Ecuador - Erneut Proteste gegen Anpassungsmaßnahmen der Regierung (poonal)
- 12 REPRESSION: Mexiko - Tod im Polizeigewahrsam. Protestierende fordern Gerechtigkeit für Giovanni López (poonal)
- 13 SCHACH-SPHINX: Zivilgesellschaftlich getarnt
- 14 UMWELT - REDAKTION: Permafrost - und die Folgen für das ganze Klima ...
- 16 GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE: Warum 1945 in Italien die Revolution ausfiel (Gerhard Feldbauer)
- 26 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 09. Juni 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. Juni 2020

Vorhersage für den 09.06.2020 bis zum 10.06.2020



© 2020 by Schattenblick

Der Himmel schiebt die Wasser rüber
und viele Wolkenbänke ziehen
sich weiße Nebelmützen über
als Stäube, die im Winde fliehen.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.